

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 10. Dezember 2009

**7. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Donnerstag, 10. Dezember 2009
im Tell-Saal, Ostermundigen**

Beginn: 16.00 Uhr

Schluss: 19.15 Uhr

Vorsitz:	Bruno Schröter	(EVP)	1
Stimmzähler:	Rudolf Kehrl	(SP)	1
	Walter Bruderer	(FORUM)	1
Anwesend:	Jacques Biner, Hans-Rudolf Burkhalter, Aziz Dogan, Bruno Hirt, Therese Jost, Rudolf Mahler (<i>ab 16.35 Uhr</i>), Colette Nova, Norbert Riesen, Roger Schär (<i>ab 18.00 Uhr</i>), Liliane Schärer (<i>ab 16.10 Uhr</i>), Christian Zeyer	(SP/ Grüne/ Gewerk- schaften/ parteilos)	11
	Hans-Rudolf Hausammann, Ernst Hirsiger, Lucia Müller, Marianne Landolf, Markus Truog, Beat Weber (<i>ab 18.00 Uhr</i>), Nadine Wegmüller, Thomas Wegmüller, Gerhard Zaugg (<i>ab 16.30 Uhr</i>)	(SVP)	9
	Renate Bolliger, Philippe Gerber, Peter Wagner, Rahel Wagner	(EVP)	4
	Heinz Gfeller, Peter Wegmann, Michael Werner	(FDP)	3
	Eduard Rippstein, Monika Weibel	(CVP)	<u>2</u>
			<u>32</u>

Vertreter des Gemeinderates: Gemeindepräsident Christian Zahler, Synes Ernst, Thomas Iten, Ursula Lüthy, Ursula Norton, Aliko Maria Panayides, Urs Rüedi, Regula Unteregger
Gemeindeschreiberin Marianne Meyer

Entschuldigt: **Mitglieder des Grossen Gemeinderates**
Erich Blaser, Marco Blindenbacher, Alessandra Mantarro, Mirjam Rettore, Roland Rüfli, Jürg-Sven Scheidegger, Madeleine Schenk, Rudolf Wiedmer

Mitglied des Gemeinderates
Egon Julmi

Protokoll: Jürg Kumli, Gemeindeschreiber Stv.

G E S C H Ä F T E

80	10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)		
	Wahl des Büros des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2010		317
81	10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)		
	Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Gemeinderates; Wahl Präsidium und Vizepräsidium für das Jahr 2010		318
82	10.623 Vormundschaftskommission		
	Vormundschaftskommission; Ersatzwahl		319
83	10.11 Reglemente Gemeinde 54.02 Verordnungen, Reglemente, Weisungen		
	Feuerwehrreglement: Revision; Genehmigung		320
84	20.200 Allgemeines		
	Prognose der Gemeindeentwicklung; Grundlage für den Finanzplan		322
85	10.373 Postulate 20.101 Jahresvoranschläge 22.111 Steueranlagen		
	Postulat SVP-Fraktion betreffend der Ausarbeitung von zusätzlichen Entscheidungsgrundlagen für das Parlament zur Prüfung der Auswirkungen einer Steuersenkung auf das Niveau der Stadt Bern; Berichterstattung		325
86	20.101 Jahresvoranschläge		
	Voranschlag der Laufenden Rechnung 2010 mit Festsetzung der Steueranlagen und der Hundetaxe; Genehmigung		331
87	20.200 Allgemeines		
	Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2010 bis 2014; Genehmigung		341
88	10.374 Interpellationen 10.141 Vandalismus-Prophylaxe 50.801 Vandalismus		
	Interpellation FDP-Fraktion betreffend nachhaltig unter „3072“ festgestellten Fassadenverschmierereien; Begründung und Beantwortung		350
89	10.374 Interpellationen 30.111 Baugesuche		
	Interpellation W. Bruderer (FORUM) betreffend Oberfeld; Folgen der nötigen Entbleiungsaktion; Begründung und Beantwortung		353
90	O Orientierungen		
	Orientierungen des		357
	<i>Gemeinderates: Donnschtig-Jass</i>		<i>357</i>
	<i>und der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Arbeitsgruppe „Personalrekrutierung“</i>		<i>357</i>
91	10.372 Motionen 13.1132 Spezielle Klassen Bolligen		
	Überparteiliche Motion betreffend Zugang für Schüler/innen aus Ostermundigen an eine spezielle Sekundarschule; parlamentarischer Neueingang		358

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 10. Dezember 2009

Ratspräsident: Ich begrüsse alle Anwesenden zur 7. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreterinnen und -vertreter willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Es sind 28 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

Da der Stimmenzähler Roland Rütli krank ist und Roger Schär heute berufsbedingt erst später an der Sitzung teilnehmen können, sind zwei Ersatzstimmenzähler zu wählen. Walter Bruderer und Rudolf Kehrli haben sich bereit erklärt, dieses Amt interimistisch zu übernehmen.

A b s t i m m u n g :

Walter Bruderer (FORUM) und Rudolf Kehrli (SP) werden für heute Abend einstimmig als Ersatzstimmenzähler gewählt.

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- ① Gestützt auf Artikel 33 der Geschäftsordnung des GGR nimmt der Finanzverwalter, Herr Stefan Lanz, zu den Traktanden Nr. 85 bis 87 an der heutigen Sitzung teil.
- ① Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
 - Sitzungsdaten von GGR und GPK 2010
 - Aktuelle Adressliste der Partei- und Fraktionspräsidien (Stand Dezember 2009)
 - Poetische Konfitüren hergestellt von Konfitürenpfarrer Marcel Dietler zugunsten der Strassenkinder in Cusco/Peru
- ① Im Anschluss an die heutige Sitzung treffen wir uns im Restaurant „Schützenhaus“ zum traditionellen Racletteessen. Die Getränke müssen selber bezahlt werden.
- ① Die nächste ordentliche Sitzung findet am **18. Februar 2010** statt.

Traktandenliste:

Traktandum Nr. 90: „Orientierungen seitens des Gemeinderates sowie der Geschäftsprüfungskommission (GPK)“

- a. Donnschtig-Jass (Sprecher: Ch. Zahler)
- b. GPK: Arbeitsgruppe „Personalrekrutierung“; Stand des Geschäfts (Sprecher: Ph. Gerber)

Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird unter Berücksichtigung der vorerwähnten Ergänzungen genehmigt.

Wahl des Büros des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2010

Präsidium

Als Ratspräsidentin des GGR wird auf Vorschlag der SVP-Fraktion einstimmig gewählt:

Lucia Müller (SVP)

Vizepräsidentin Lucia Müller (SVP): Besten Dank für das in mich gesetzte Vertrauen. Ich bin mir bewusst, dass ich auf die Unterstützung des Parlamentes angewiesen bin und das Parlament auf meine Arbeit hier oben auf dem Podest. Gemeinsam packen wir das nächste Jahr an!

1. Vizepräsidium

Als 1. Vizepräsidenten des GGR wird auf Vorschlag der SP-/Grüne-Fraktion einstimmig gewählt.

Norbert Riesen (SP)

2. Vizepräsidium

Als 2. Vizepräsidenten des GGR wird auf Vorschlag der FDP-Fraktion einstimmig gewählt.

Michael Werner (FDP)

Zwei Stimmzähler

Als Stimmzähler des GGR werden auf Vorschlag der SP-/Grüne- und der FORUM-Fraktion einstimmig wiedergewählt.

Roger Schär (parteilos)

Roland Rüfli (FORUM)

Ratspräsident: Ich gratuliere allen ins Ratsbüro gewählten Parlamentsmitglieder ganz herzlich zu ihrer Wahl.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 10. Dezember 2009

81 10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

**Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Gemeinderates;
Wahl Präsidium und Vizepräsidium für das Jahr 2010**

Präsidium

Als Präsident der GPK wird auf Vorschlag der SVP-Fraktion einstimmig gewählt:

Ernst Hirsiger (SVP)

Vizepräsidium

Als Vizepräsident der GPK wird auf Vorschlag der FORUM-Fraktion einstimmig gewählt.

Walter Bruderer (FORUM)

Ratspräsident: Ich gratuliere den beiden Herren ganz herzlich zu ihrer Wahl.

82 10.623 Vormundschaftskommission

Vormundschaftskommission; Ersatzwahl

1

Auf Vorschlag der SP-/Grüne-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für den zurückgetretenen Bruno Hirt (Grüne) wird Sandra Aeschbacher (parteilos), Rütliweg 111, Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 als Mitglied der Vormundschaftskommission gewählt.

¹ Liliane Schärer (SP) tritt um 16.10 Uhr der Sitzung bei. Neu sind 28 Ratsmitglieder anwesend.

83 10.11 Reglemente Gemeinde
54.02 Verordnungen, Reglemente, Weisungen

Feuerwehrreglement: Revision; Genehmigung

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen. Was mich persönlich gestört hat, konnte das Parlament im GPK-Protokoll nachlesen. Die Feuerwehr ist direkt dem Gemeinderat und die Feuerwehrkommission der Departementsvorsteherin unterstellt. Hier entstehen Über- und Unterstellungsverhältnisse, welche zu Problemen in der ganzen Organisation führen. Im Zusammenhang mit der Behörden- und Verwaltungsreform muss dieser Missstand korrigiert werden!

Colette Nova (SP): Zum Feuerwehrreglement habe ich keine Bemerkungen. Jedoch auf Seite 2 der Botschaft werden Fragen zur Reorganisation und zum Vertrag „Region Bern“ beantwortet. Ein Satz hat mich besonders gestört:

...Für die Feuerwehr Ostermundigen ist ein Zusammenschluss mit einer anderen Wehr kein Thema. ...

Eine Begründung fehlt jedoch gänzlich. Das ist nicht die feine Art, dem Parlament gegenüber zu antworten. Wieso ist ein Zusammenschluss kein Thema?

Gemeinderätin Ursula Norton (EVP): Wir haben versucht, die Fragen zu beantworten und die fehlenden Auskünfte darzulegen. Der Einwand von Colette Nova zu vorerwähntem Vertragsinhalt ist richtig. Dieser Satz steht zu blank im Raum. Der Gemeinderat hat im Zusammenhang mit der Motion „Autodrehleiter“ einen Auftrag des Parlaments erhalten, mit den umliegenden Feuerwehren und Gemeindebehörden einen möglichen Zusammenschluss resp. Zusammenarbeit zu überprüfen. Diesen Auftrag hat der Gemeinderat nicht vergessen.

Ratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor und zu den einzelnen Reglementsartikeln wird die Diskussion nicht verlangt. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Das Feuerwehrreglement vom 23. Oktober 2003 wird aufgehoben.
2. Das neue Feuerwehrreglement wird per 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt.
3. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Prognose der Gemeindeentwicklung; Grundlage für den Finanzplan

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Eduard Rippstein (CVP): Wir nehmen von der Prognose Kenntnis und werden dieser zustimmen. Noch eine kleine Anmerkung: Denkt an unsere Motion, in den bestehenden Gebieten ebenfalls etwas zu unternehmen und nicht nur neue Gebiete zu erschliessen.

Walter Bruderer (FORUM): In der Botschaft wird das Parlament aufgefordert, bei Bedarf andere Basiswerte zu liefern. Da wir keine solchen aus dem Ärmel schütteln können, beschränken wir uns auf Fragen und Bemerkungen. Vorher möchten wir dem Gemeinderat danken: Es scheint, er nehme die Beschlüsse des Bevölkerungsforums von Ende 2007 endlich ernst und plane keine Bevölkerungsentwicklung mehr, bei der noch mehr Grünland geopfert werden müsste. Stattdessen plant er verdichtetes Bauen in den Quartieren. Dabei darf er jedoch nicht vergessen, dass das gleiche Bevölkerungsforum 2007 auch eine Steigerung der Wohnqualität innerhalb der Quartiere verlangt hatte.

Aufgrund negativer Erfahrungen halten wir unsere Augen und Ohren ganz weit offen. Die Bauherrschaften sind leider nach wie vor nicht verpflichtet, die Anwohnenden von Bauparzellen frühzeitig über ihre Bauabsichten zu orientieren. Gemeinderat und Parlament haben unsere diesbezüglichen Vorschläge leider abgelehnt.

Der Gemeinderat geht aus heutiger Sicht von maximal 18'000 Einwohnenden aus. Das bedeutet eine Zunahme von 20 %. Ich war an der Infoveranstaltung betreffend die neue Tramlinie 10. Bereits dort habe ich die nachfolgenden Fragen gestellt. Mit den komischen Antworten bin ich nicht zufrieden. Ich erwarte nun nicht, dass die Fragen heute Abend vom Gemeindepräsidenten beantwortet werden, sondern diese auf dem schriftlichen Weg erledigt werden.

- Worauf basiert denn die Annahme, der Verkehrsanteil ÖV steige bis ins Jahr 2030 um 42 % und der MIV-Anteil nur um 16 %?
- Warum geht die Tramplanung sogar von einer Verdoppelung der Passagierzahlen von heute 7'700 auf neu 15'000 aus?
- Uns interessiert, wo die vor 4 Jahren ermittelten 6'266 Ostermundiger Arbeitsplätze hauptsächlich sind. Ist bekannt, wie viele dieser Arbeitnehmer/innen in Ostermundigen wohnen und um welche Tageszeit sie zwischen Arbeits- und Wohnort wie pendeln?
- Warum hat der Bau vom Gartenzentrum Wyss an der Unteren Zollgasse noch nicht begonnen?

- Warum ist der Gemeinderat nach wie vor davon überzeugt, die Küntigrube sei trotz der dort geplanten, vermutlich stark befahrenen Verbindungsstrasse zwischen Oberfeld und der Umfahrungsstrasse geeignet für Wohnungen, statt z. B. für stilles Gewerbe oder problemlose Industrie?

Heinz Gfeller (FDP): Auch die FDP-Fraktion hat die Botschaft studiert und dankt für die Übersicht bestens. Wir haben zwei wesentliche Punkte festgestellt:

- Eduard Rippstein hat diesen Punkt bereits erwähnt. Es ist wesentlich, dass das Bevölkerungsforum zum Schluss gekommen ist, kein neues Land einzuzonen, sondern in den bestehenden Wohnzonen mehr Raum zu schaffen.
- Genau so wesentlich ist es, dass sich Firmen in Ostermundigen ansiedeln, welche Steuern bezahlen → nicht nur steuerbefreite Bundesbetriebe. Bei diesem Punkt besteht ebenfalls Verbesserungspotenzial.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Wichtig ist, dass das Parlament den Nutzen der vorliegenden Botschaft kennt. Die Botschaft schätzt die Entwicklung unserer Gemeinde aufgrund der vorhandenen Baugebieten ab. Die Botschaft gibt nicht bekannt, ob der Gemeinderat gewillt ist, zusätzliches Land einzuzonen oder nicht. Es ist kein Strategiepapier wie die „Leitlinien zur Siedlungsentwicklung“. Die Prognose der Gemeindeentwicklung stützt sich auf die heutigen Erkenntnisse ab.

Die Aussagen zum Verdichten innerhalb des Siedlungsgebietes sind dem Gemeinderat bekannt. Der Gemeinderat hat bei der Fachhochschule Burgdorf eine entsprechende Verdichtungsstudie in Auftrag gegeben. Das Projekt „Wohnqualität in Siedlungsstrukturen“ läuft ebenfalls mit der Fachhochschule und der Firma Marazzi GU ab. Dieses Projekt wird vom Bund mit einem namhaften finanziellen Beitrag unterstützt.

Die Botschaft gibt über die beiden Projekte keine Auskunft. Der Gemeinderat versteht die Prognose als Grundlage zum Finanzplan. Die Prognosen sollen auch nicht im Zusammenhang mit dem ÖV abgehandelt werden. Nicht nur wir in Ostermundigen rechnen mit mehr Einwohnerinnen und Einwohnern, auch die Stadt Bern stellt diese Rechnung an. Wir rechnen ebenfalls mit vermehrten Arbeitsplätzen (z. B. im Mösli, Bahnhof etc.). Der Gemeinderat setzt sich für eine entsprechende Entwicklung ein.

Der Gemeinderat wollte primär die Diskussion über die Leitbilder und die Legislaturziele führen und nicht die Diskussionen über die Zielsetzungen miteinander vermischen. In einer nächsten Phase wird der Gemeinderat die „Leitlinien zur Siedlungsentwicklung“ weiter bearbeiten.

Dem Gartencenter Wyss muss zuerst die Baubewilligung erteilt werden. Diese liegt noch nicht vor. Die Wohnnutzung in der Küntigrube wird mit der entsprechenden Überbauungsordnung ausgeschieden. Der Grundeigentümerschaft ist bekannt, dass eine stark befahrene Strasse vorgesehen ist. Mittels den entsprechenden Lärmschutzmassnahmen können attraktive Wohnungen gebaut werden.

Wie weit der Gemeinderat die Firmenansiedlung beeinflussen kann und diese dann letztendlich auch in Ostermündigen Steuern bezahlen, steht der Tatsache gegenüber, dass den Interessenten kein gemeindeeigenes Land (eingezont als Gewerbe- oder Arbeitsszone) zur Verfügung gestellt werden kann. Nur der Kanton, die SBB (beim Bahnhof) und die Privaten (Gebiet Waldeck) können Land zur Verfügung stellen. Der Gemeinderat ist froh, wenn gute Arbeitsplätze angesiedelt werden.

²

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grossen Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die prognostizierte Gemeindeentwicklung wird zur Kenntnis genommen.

² Gerhard Zaugg (SVP) tritt um 16.30 Uhr der Sitzung bei. Es sind 29 Ratsmitglieder anwesend.

85	10.373	Postulate
	20.101	Jahresvoranschläge
	22.111	Steueranlagen

Postulat SVP-Fraktion betreffend der Ausarbeitung von zusätzlichen Entscheidungsgrundlagen für das Parlament zur Prüfung der Auswirkungen einer Steuersenkung auf das Niveau der Stadt Bern; Berichterstattung

Jahresrechnung 2009; Trendberechnung

Gemeinderätin Ursula Lüthy (Grüne): Zum Anfang der heutigen Budgetdebatte kann der Gemeinderat wie gewohnt dem Parlament einen Trend zur Rechnung des laufenden Jahres bekannt geben.

Zur Erinnerung: Der Voranschlag 2009 weist - bei einem Aufwand von 87,8 Mio. Franken und einem Ertrag von 86,7 Mio. Franken - einen Aufwandüberschuss, bzw. ein Defizit von 1,1 Mio. Franken aus. Aufgrund der bis heute vorliegenden Daten können wir erfreulicherweise feststellen, dass das definitive Ergebnis der Rechnung 2009 wahrscheinlich besser ausfallen wird als budgetiert.

Eine aktuelle Auswertung geht davon aus, dass - eher optimistisch eingeschätzt - die Rechnung möglicherweise um etwa eine Million Franken besser abschliessen könnte, so dass der budgetierte Aufwandüberschuss schliesslich noch aufgefangen werden könnte und im Frühjahr 2010 möglicherweise sogar eine ausgeglichene Jahresrechnung präsentiert werden kann.

Die positiven Effekte sind auf der Aufwandseite eingetreten. Die Aufwandkonten schliessen gegenüber dem Budget um insgesamt etwa 1,6 Mio. Franken besser ab. Die Ausgaben für das Personal liegen um 300'000 Franken unter dem Budget. Beim Sachaufwand können auch Einsparungen gemacht werden. Diese werden (ergebniswirksam) mit etwa 600'000 Franken angenommen. Die Passivzinsen und Abschreibungen liegen zusammen etwa 200'000 Franken unter dem Voranschlag. Die Zahlungen an den Kanton bleiben mit etwa 500'000 Franken unter den Erwartungen. Darunter sind die Beiträge an den öffentlichen Verkehr, die Lehrerbessoldungen und der Gemeindeanteil an den Lastenanteil „Sozialhilfe“, die Einsparungen von je rund 100'000 Franken erzielen werden. Der Grund dafür liegt vor allem in den positiveren Schlussabrechnungen des Vorjahres. Auch der Beitrag an den Finanzausgleich liegt mit 200'000 Franken tiefer als budgetiert.

Beim Aufwand können die einzelnen Positionen für den effektiven Jahresabschluss schon ziemlich genau berechnet werden, auf der Ertragsseite - besonders bei den Steuererträgen - ist dies aber noch nicht möglich, was bedeutet, dass die folgenden Aussagen noch mit grossen Unsicherheiten behaftet sind.

Bei den Steuern werden - aufgrund der bis heute vorliegenden Daten - Mindererträge von insgesamt 800'000 Franken erwartet. Die Einkommenssteuern liegen dabei mit 200'000 Franken leicht unter dem Budget. Der Grund liegt bei den tiefen Nachzahlungen aus den Vorjahren. Andererseits könnten sich die Quellensteuern um etwa diesen Betrag verbessern. Bei den Gewinnsteuern ist ein Rückgang von 400'000

Franken zu erwarten, welche mit den Rezessionerscheinungen der letzten zwei Jahre zu erklären ist. Bei den Steuerteilungen wird mit Mindererträgen von 200'000 Franken gerechnet und auch die aperiodischen Steuern (Grundstückgewinnsteuern, Sonderveranlagung) dürften auch etwa mit 200'000 Franken unter dem Voranschlag liegen.

Die übrigen Erträge werden um etwa 300'000 Franken höher als budgetiert ausfallen. Dafür verantwortlich sind die höheren Erträge bei den Buchgewinnen, welche zum Teil durch eine zeitliche Verschiebung von Zahlungen vorzeitig angefallen sind.

Wie gesagt, es gibt noch grosse Unsicherheiten darüber, wie die Rechnung 2009 tatsächlich abschliessen wird. Immerhin können wir mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass wir das budgetierte Defizit nicht erreichen werden.

Ich hoffe, euch mit diesen Angaben gedient zu haben, und freue mich auf eine konstruktive und sachliche Budgetdebatte.

3

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion hat von der ausführlichen Botschaft des Gemeinderates zum Postulat Kenntnis genommen und dankt für die geleistete Arbeit. Sie enthält wertvolle Informationen. Sehr dienlich ist die Erfassung der „Wiederkehrenden freiwilligen Beiträge und Leistungen“ und die Bewertung des Gemeinderates der einzelnen Posten. Das Fazit, welches der Gemeinderat in der Botschaft vollzieht, überrascht uns nicht.

Trotzdem ist die SVP-Fraktion von der ausgearbeiteten Botschaft nicht restlos überzeugt. Der Gemeinderat geht grundsätzlich davon aus, dass im Finanzhaushalt der Gemeinde alle wesentlichen Parameter unverändert bleiben müssen. Er verfolgt das Ziel, die Gemeinderechnung nur mit Verbesserungen auf der Einnahmeseite zu erzielen. Ausgabenkürzungen sind nicht vorgesehen. Er zeigt uns zwar auf, wo das Parlament kurzfristig Aufgabenkürzungen vornehmen könnte, weiss aber genau, dass sich die Ortsparteien bei gezielten Kürzungsaufträgen im Bereich der „Wiederkehrenden freiwilligen Beiträge und Leistungen“ heute Abend mit grosser Wahrscheinlichkeit zerfleischen würden.

Unter diesen Rahmenbedingungen ist eine nachhaltige Steuersenkung in den nächsten zehn Jahren nicht möglich. Die SVP-Fraktion will nicht eine Steuersenkung um jeden Preis. Sie verfolgt aber weiterhin beharrlich das Ziel einer Senkung der Steueranlage auf das Niveau der Stadt Bern und erwartet mittelfristige Korrekturen des Gemeindehaushaltes auf der Aufgabenseite. Das kann sie aber nicht im Alleingang erreichen. Es geht nicht ohne Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg. Leistungsabbau schmerzt die Betroffenen immer. Deshalb braucht es eine Opfersymmetrie bei Sparübungen. Wenn schon kurzfristig keine Steuersenkungen möglich sind, muss zumindest rasch möglichst eine ausgeglichene Gemeinderechnung angestrebt werden. Die Ausführungen der Departementsvorsteherin lassen uns hoffen, dass dieses Ziel nicht unerreichbar sein wird.

³ Rudolf Mahler (SP) tritt um 16.35 Uhr der Sitzung bei. Somit sind 30 Ratsmitglieder anwesend.

Walter Bruderer (FORUM): Tiefe Steuern sind wichtig für viele Einwohnerinnen und Einwohner, für Industrie und Gewerbe und auch für uns. Die meisten Einwohnenden sind aber auch an möglichst tiefen und vor allem auch verursachergerechten Gebühren interessiert. Ein paar Vorschläge fürs Ziel, Steuern und Gebühren nicht weiter steigen zu lassen, sondern lieber zu senken:

- Der Gemeinderat muss sich selber und allen Kostenstellen messbare Ziele geben (wäre gutes Training für die Behörden- und Verwaltungsreform).
- Orientierungen des Gemeinderates (= üblicherweise am Schluss der Parlaments-sitzungen) und die Stellungnahmen des Gemeinderates auf Motionen, Postulate und Interpellationen müssen dem Grossen Gemeinderat zusammen mit der Ein-ladung zur Parlamentssitzung schriftlich abgegeben werden. Dadurch könnten Parteien und Parlament aufgrund von Fakten über Vorstösse argumentieren und beschliessen. Bestimmt würde damit eher erreicht, dass der Gemeinderat keine Aufträge vom Parlament erhält, bei denen Aufwände und Investitionen in unbe-kanntem Ausmass entstehen. In anderen Gemeindeparlamenten findet dieses Vorgehen bereits statt.
- Vom Werkhof, Hochbauamt und andere Dienstleistungsbereichen sind sämtliche Aufwände für ihre Leistungen an andere Kostenstellen weiter zu geben (= Ser-vice-Center-Charakter).
- Der Gemeinderat sollte verhindern, dass in der Verwaltung gleiche Informationen an mehreren Orten erfasst und mutiert werden. Alle in der Verwaltung nötigen Daten sollten nur in einer zentralen Datei vorhanden, aber gezielt abruf- und ein-setzbar sein.
- Wenn Verbände oder Dritte von der Gemeinde Ostermundigen etwas wollen (z. B. die ARA oder der Wasserverbund), sind die Beweggründe der Antragstellen-nden und die Risiken von einem JA oder Nein intensiver als bisher zu hinterfragen. Zum WVRB haben wir rund 10 Fragen gestellt. An der GGR-Sitzung wurde von den Auskunftspersonen nur präsentiert; eine Fragenbeantwortung fand nicht statt. Dieses Vorgehen darf nicht toleriert werden. Heute war der Presse zu entneh-men: Bei der Kehrlichtverbrennung ist von einem neuen Standort an die Mur-tenstrasse; bei der Lehrerschaft von massivem Arbeitsabbau (2'120 Jahresstun-de) die Rede.

Eine baldige sowie bleibende Steuersenkung ist nur möglich und verantwortbar, wenn sicher gestellt ist, dass die Aufwände nicht steiler steigen als die Erträge (ohne Steuern).

Jacques Biner (SP): Eine Steuersenkung um 1,1 Steuerzehntel (= Stadt Bern) wür-de ein Ertragsausfall von 2,2 Mio. Franken bedeuten. Dies kann man aus heutiger Sicht nicht verantworten. Der Gemeinderat hat in der Botschaft dargelegt, dass die-ser Ertragsausfall zu

- höherem Defizit,
- Abbau der Leistungen und

- Verzicht auf freiwillige Beiträge und Leistungen gemäss Liste von 3,3 Mio. Franken

führen würde.

Das Parlament und die Bevölkerung haben diese Leistungen gewünscht und wir möchten auf keinen Fall darauf verzichten. Dies würde zur Reduktion des Unterhaltes auf das gesetzliche vorgeschriebene Minimum führen. Wichtige Aufgaben sind:

- Energiestadt (Verstärken)
- Mittagstisch, Ausgabenhilfe
- Integration, Prävention
- Kultur (Bibliothek, Ludothek), Sport, Unterstützung der Vereine
- zweijährigen Kindergarten (bis 2014)
- Schliessung des Freibades (Volksmotion)

Die Attraktivität der Gemeinde wird an ihren Leistungen gemessen: Integration, Angebot für junge und ältere Leute.

Die Frage der Effizienz ist noch offen. Wenn es um Effizienz geht, werden meistens unqualifizierte Aussagen und Unterstellungen gemacht. Um die Effizienz zu beziffern, helfen nur Vergleiche (Benchmark) und diese sind sehr schwierig zu machen (verschiedene Bevölkerungsstruktur, Infrastruktur, usw.). Gemäss GPK-Protokoll wird sich der Gemeinderat diese Frage stellen.

Vergleich im Durchschnitt mit anderen Gemeinden im Kanton Bern:

	Ostermundigen	Kanton 2007	
- Nettoertrag	-2'045	-2'251	3,2 Mio.
- Allgemeine Verw.	345	391	
- Soziales	806	635	> Leistungen/Struktur Bevölkerung
- Sachaufwand	10,5 %	16,2 %	
- Passivzinsen	2,5 %	2,7 %	
- Personal	22,4 %	20,1 %	Leistungen im Sozialbereich

Von 2003 bis 2010 wurden 18,4 Stellen geschaffen. Davon 17,3 Stellen im Bereich Soziales und im Bereich Vormundschaft (diese zulasten Lastenausgleich).

Ostermundigen ist eine sogenannte „AAA-Gemeinde mit einer hohen Sozillast“: Ergänzungsleistungen (ältere Leute), Alleinerziehende, Ausländer.

Ich habe mich nach dem neuen Lastenausgleichssystem „Filag 2012“ erkundigt, das zurzeit in der Vernehmlassung ist. Die 10 % der effizientesten und die 10 % der ineffizientesten Sozialdienste erhalten Boni resp. Mali. Festgestellt wurde, dass Ostermundigen mit der Kosteneffizienz im Bereich Soziales im Vergleich nicht schlecht dasteht.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 10. Dezember 2009

Schlussendlich kann man feststellen, dass Ostermundigen nicht mit Effizienz sondern mit den Einnahmen zu kämpfen hat. Trotzdem kann die Effizienz mit einer Anpassung der Organisation gesteigert werden. Mit der Behörden- und Verwaltungsreform (7 Abteilungen) sollte auch die Effizienz gesteigert werden. Aber sind wir genug mutig gewesen? Hätten wir nicht auch mit fünf Departementen funktionieren können!

Das Verwaltungszentrum sollte ebenfalls zur Verbesserung der Effizienz beitragen: Doch nach den ersten Angaben werden zusätzliche Kosten anfallen. Noch nicht bekannt sind die möglichen Einsparungen und somit die Effizienzsteigerung. Das Parlament muss dem Gemeinderat die Mittel geben, um die Effizienz zu steigern.

Dazu sind noch einige unbekannte Faktoren zu erwarten:

- Kanton: Steuersenkung 3,06 (2007) auf 2,96 (2008) = 1,25 Mio. Franken weniger Steuereinnahmen für Ostermundigen. Wenn der Kanton weitere Steuersenkung beschliesst, würden uns ab 2011 weitere 0,5 Mio. Franken an Einnahmen entgehen.
- Die letzte Steuersenkung (2004 1,74 / 2005 = 1,65) ist nicht so lange her. Vergleiche mit unmittelbarer angrenzenden Gemeinden sind schlechter. Nur einige Kilometer weiter sieht es anders aus.

Wir werden aus heutiger Sicht keine Steuersenkung unterstützen. Wir werden keiner Kürzung der freiwilligen Beiträge zustimmen. Trotzdem hoffen wir, dass die Entwicklungsprognose zutrifft und dass eine Steuersenkung in einem mittelfristigen Zeitpunkt ins Auge gefasst werden kann. Die SP-/Grüne-Fraktion stimmt der Berichterstattung des Gemeinderates zu.

Eduard Rippstein (CVP): Besten Dank dem Gemeinderat für die Arbeit. Es war notwendig, diese so auszuführen. Nicht sinnvoll wäre jetzt eine Steuersenkung. Die freiwilligen Leistungen wollen wir nicht kürzen. Wenn diese jedoch gekürzt werden sollten, so haben die gesetzgebenden Behördenmitglieder die Verantwortung zu tragen!

Gemeinderätin Ursula Lüthy (Grüne): Besten Dank für die Beiträge und die kritischen Voten aus dem Parlament. In der Bilanz habe ich eher eine Zustimmung zum skizzierten Vorgehen wahrgenommen. Das Parlament wird über das Postulat abstimmen. Zu einzelnen Bemerkungen möchte ich noch Stellung nehmen:

Ernst Hirsiger hat erwähnt, dass mittelfristig keine ausgeglichene Gemeinderechnung ausgewiesen werden kann. Diese Aussage verwundert mich. In der Botschaft zum Finanzplan wird erwähnt, dass der Gemeinderat in fünf Jahren mit „schwarzen Zahlen“ rechnet. Die vielen Investitionen (Schulhaussanierungen, Leitungssanierungen) werden dann abgeschlossen sein. Die Finanzlage sollte sich innert absehbarer Frist also wesentlich verbessern. Ich hoffe, dass die Befürchtungen von Ernst Hirsiger nicht eintreffen werden. Ich glaube auch nicht, dass in den nächsten 10 Jahren keine Steuersenkung vorgenommen werden kann; die wirtschaftliche Entwicklung abgeschlossen.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 10. Dezember 2009

Der Gemeinderat als Führungsorgan der Verwaltung ist sich bewusst, dass er weiter an einer Steuersenkung arbeiten muss. Die Effizienz zu verbessern ist eine Daueraufgabe. Verbesserungen ohne Leistungsabbau vorzunehmen, sind nur schwer möglich.

Zum Votum von Jacques Biner: Im Portemonnaie der Steuerzahlenden haben Tatsächlich Steuersenkungen stattgefunden, diese sind jedoch auf kantonaler Seite zu verbuchen. Die Gemeinde Ostermundigen kann 1 ¼ Mio. Franken weniger Steuereinnahmen verbuchen. Eine weitere Steuersenkung auf das Jahr 2011 hat der Grosse Rat anlässlich einer zweiten Lesung noch zu beschliessen. Dieser Schritt wird Ostermundigen nochmals 0,5 Mio. Franken kosten, d. h. ab 2011 rund 1,75 Mio. Franken weniger Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen. In diesem Sinne kann die bürgerliche Seite einen Erfolg auf kantonaler Ebene verbuchen.

Die weiteren Voten nehme ich dankend zur Kenntnis.

Ernst Hirsiger (SVP): Zwischen Ursula Lüthy und meinem Votum liegt ein Missverständnis in der Luft: Ich habe erwähnt, dass so wie der Gemeinderat zu unserem Postulat in der Botschaft antwortet, wann er eine nachhaltige Steuersenkung sieht, ist dies in den nächsten 10 Jahren nicht möglich. Eine ausgeglichene Rechnung ab den Jahren 2014/2015 habe ich nicht bestritten.

Gemeinderätin Ursula Lüthy (Grüne): Besten Dank für die Präzisierung. Da lag offensichtlich ein Missverständnis vor.

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der GGR nimmt von der Berichterstattung zum Postulat SVP-Fraktion betreffend der Ausarbeitung von zusätzlichen Entscheidungsgrundlagen für das Parlament zur Prüfung der Auswirkungen einer Steuersenkung auf das Niveau der Stadt Bern Kenntnis.
2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

Voranschlag der Laufenden Rechnung 2010 mit Festsetzung der Steueranlagen und der Hundetaxe; Genehmigung

Ratspräsident: Zuerst wird die Diskussion zur Botschaft und anschliessend departementsweise zum Budget 2010 geführt.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Peter Wegmann (FDP): Vorweg möchte ich Herrn Stefan Lanz, dem Gemeinderat und der Verwaltung für die umfangreichen und transparent vorliegenden Unterlagen bestens danken. Wir haben bereits im vorangehenden Traktandum Nr. 85 einiges zu diesem Thema in Erfahrung bringen können. Dass ein Budget mit roten Zahlen nie Freude macht, liegt auf der Hand. Und dass sich das Budget 2010 nun dermassen schlecht, um nicht zu sagen frustrierend präsentiert, überrascht unsere Fraktion nicht wirklich. Bereits in den Vorjahren - insbesondere 2008 und 2009 - haben wir bekanntlich konkret darauf hingewiesen, dass sich damalige Budgetvorgaben und abfolgende Rechnungsabschlüsse als trügerisch erweisen.

① Zur Erinnerung

Die Rechnung 2008 hat uns erfreulicherweise einen Überschuss von rund 1,3 Mio. Franken offenbart. Dabei sind aber satte Buchgewinne aus Liegenschaftsveräusserungen von annähernd 4 Mio. Franken enthalten gewesen. Was bedeutet, dass in Tat und Wahrheit bereits damals schon ein Defizit von rund 2,7 Mio. Franken vorliegend gewesen ist.

Ähnlich um nicht zu sagen identisch präsentiert sich die Situation für das Jahr 2009. Ich verweise auf das vor einem Jahr genehmigte Budget, das bekanntlich ebenfalls mit einem Buchgewinn von satten 3,7 Mio. Franken beschönigt werden konnte. Somit kann schon jetzt davon ausgegangen werden, dass auch der zwangsläufig noch nicht vorhandene Rechnungsabschluss 2009 trügerisch ausfallen dürfte.

Die Zeit von weiterhin abfolgenden Genüssen aus Buchgewinnen als vorübergehende Kosmetik unseres Gemeindefinanzhaushaltes ist nun aber - zumindest vorläufig und bis auf weiteres - vorbei. Die Departamentsvorsteherin Ursula Lüthy hat bereits vor Jahresfrist absolut richtig darauf hingewiesen.

Auch der noch in Aussicht stehende, satte Wertabschöpfungsertrag aus dem Oberfeld ändert nichts an diesem Sachverhalt. Zumal bekanntlich sehr aufwändig bevorstehende Investitionen wie Schulhaus-, Wasser- und Abwasserleitungssanierungen etc. diesem Guthaben gegenüber stehen. Von - wie aus Insiderkreisen vernommen - allenfalls zweckgebunden beabsichtigter Rückstellung für ein Tram nach Ostermündigen ganz zu schweigen. Folglich gilt es nun, diesen Tatsachen - umso mehr weil sie wenig erbaulich sind - mit aller Kraft wirksam und mit Weitblick zu begegnen.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 10. Dezember 2009

Die vorbehandelten Geschäfte „Prognose der Gemeindeentwicklung“ und die nach unserer Auffassung sehr gut und absolut sachlich dargelegte Unterlage zum SVP-Postulat offenbaren es uns mit aller Deutlichkeit:

- Das Problem bei unserer laufenden Rechnung und damit beim Budget liegt offensichtlich nur in einem Bereich: Beim Aufwand, primär aber beim Ertrag!

Einsparungen ohne gravierenden Leistungsabbau - was sich in keiner Art und Weise mit relevanten Bevölkerungsbedürfnissen vereinbaren würde - sind schlicht nicht möglich. Mit Ausnahme vom Personalaufwand.

Obwohl das Parlament in der vergangenen Legislaturperiode - bekanntlich kraft unserer Intervention - eine Plafonierung im Personalaufwand verfügt hat, wächst dieser Bereich trotzdem munter weiter. Und dies unverhältnismässig gegenüber der aktuellen Bevölkerungsentwicklung. Das kann nun einfach schlicht nicht sein. Angesagt sind darum erneut entsprechende Massnahmen.

Dies alleine genügt indessen nicht. Folglich gilt es nun, das Augenmerk auf den Ertrag zu richten und dementsprechend mit aller Kraft zu agieren. Als zu beachtendes Kriterium offenbart sich dabei der Sachverhalt, dass zur Zeit in unserer Gemeinde allzu viele sanierungsbedürftige Wohnangebote vorliegen. Was klar zu unserer aktuell ungünstigen Bevölkerungsdurchmischung mitbeiträgt.

Gefragt sind aber vor allem anzugehende Strategien und Massnahmen für gewerbliche Entwicklungen. Und dies mit aller Konsequenz. Zumal sich dies für unsere angestrebte und zwingend benötigte Bevölkerungszunahme - verbunden mit Zielrichtung auf solvente Steuerzahler - als sehr wesentlich offenbart.

Unter diesem Aspekt plädieren wir nach wie vor für eine Steuersenkung. Zumindest auf den Level der Stadt Bern. Dass der diesbezügliche Zeitpunkt - ich verweise auf die im vorgehenden Geschäft Nr. 85 dargelegten Unterlagen bzw. Erhebungen - nach wie vor auf sich warten lässt, mag sein. Trotzdem: Mit etwelchem Mut, Verstand und folgerichtiger Strategie muss dies mit Sicherheit bereits in naher Zukunft endlich möglich sein. Oder mit anderen Worten: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.“

Ich habe es eingangs erwähnt: Die Fraktion der FDP hat keine Freude an diesem Budget, eine Zustimmung fällt uns äusserst schwer. Allerdings macht aus unserer Sicht auch eine Rückweisung wenig Sinn. Es ist seit Jahren bekannt, dass wir uns vornehmlich auf strategische Vorgehen konzentrieren. Wir werden darum bei der Detailberatung auf Einwendungen und Korrekturen verzichten und abfolgend Kraft den vorerwähnten Erkenntnissen mit einem gesonderten politischen Vorstoss intervenieren.

Hingegen stellen wir für die vorliegende Botschaft folgenden **Änderungsantrag Nr. 1** zur mitmassgebenden Ergänzung im Beschluss:

Als Pos. 3 neu bzw. zusätzlich:

Der Personalaufwand ist bis Ende der Legislaturperiode auf den Stand per 01.01.2010 zu plafonieren.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 10. Dezember 2009

Die vorliegende Position 3 verbleibt unverändert neu unter Position 4.

Ich bitte den Rat, diesen begründeten Antrag zu unterstützen.

Renate Bolliger (EVP): Die EVP-Fraktion wird dem Voranschlag 2010 zustimmen. Schon länger sind diese Budgets mit einer Minusbilanz erwartet worden. Wir wissen ja schon länger, dass zur Zeit grosse Investitionen anstehen. Wir werden in den sauren Apfel beißen, und diese anstehenden Sanierungen durchführen. In Zukunft wird dann hoffentlich nicht mehr ein solcher Nachholbedarf bestehen.

So wie wir das Budget studiert haben und wie auch die Auflistung des Gemeinderates über die freiwilligen Leistungen und Beiträge zeigt, gibt es kaum Sparpotential. Die EVP ist gegen einen Leistungsabbau, wir sehen keinen nennenswerten Posten der freiwilligen Leistungen der Gemeinde, den wir gekürzt haben möchten. Vielleicht könnte man noch beim Raclette für die GGR-Mitglieder sparen, aber das macht den Braten auch nicht feisser.

Eine Steuersenkung ist für uns auch kein Thema. Wir danken Stefan Lanz für die Aufstellung wie sich eine Steuersenkung auswirken würde. Auch ohne diese haben wir uns an den Fingern abzählen können, dass die Finanzlage mit Steuersenkung ziemlich schlechter aussehen würde und zur Zeit nicht in Frage kommt. Daher werden wir dem Budget, wie es vor uns liegt, zustimmen. Vielen Dank dem Gemeinderat und der Finanzabteilung für die ausführliche Arbeit.

Walter Bruderer (FORUM): Ich werde keine Fragen in der Detailberatung mehr stellen. Unsere Fragen wurden bereits anlässlich der GPK-Sitzung gestellt und zufriedenstellend beantwortet. Doch ein paar allgemeingültige Informationen möchte ich trotzdem noch kundtun: Die Umdispositionen im Zusammenhang mit der finanzbezogen überforderten Feuerwehrrechnung gefallen uns nicht. Dass der Unterhalt der Wohnungen der Feuerwehrleute nicht der Feuerwehr anzulasten ist, verstehen wir; mit dem Rest haben wir aber grosse Mühe.

Was uns nicht gefällt: Einlagen in den Werterhalt bei den Spezialfinanzierungen „Wasser und Abwasser“ haben leider reinen Durchlaufcharakter. Kaum ins Werterhaltkonto gebucht, werden die gleichen Frankenbeträge wieder zurück geholt. Dieses Verfahren könnte angeblich noch viele Jahre andauern.

Das Ziel der Gemeinde, möglichst auf allen Gebieten überall als „Avantgarde“⁴ zu wirken, kann zu vermeidbarem Aufwand führen. Man ist zwar stolzer Erstanwender.

⁴ Wikipedia: Der Begriff der Avantgarde fand sehr früh Einzug in die politische Sprache insbesondere von [revolutionären Parteien](#) und [Bewegungen](#). So verstand [Lenin](#), und mit ihm der spätere „[Marxismus-Leninismus](#)“, die [kommunistische Partei](#) als „[Avantgarde der Arbeiterklasse](#)“. Bereits [Marx](#) schrieb im [Manifest der Kommunistischen Partei](#), die [Kommunisten](#) seien „der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der [Arbeiterparteien](#) aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“ ([MEW](#) 4, S. 474). Gleichzeitig betont Marx jedoch, dass die Kommunisten

Man trägt aber auch die Folgen von Unbekanntem, von Fehlüberlegungen, Missverständnissen, Mehrfachaufwand und die Risiken von noch nicht gesicherten Subventionen. Obschon in den letzten Jahren keine grosse Bevölkerungsentwicklung stattgefunden hat, ist der Personalaufwand jedes Jahr um ca. ½ Mio. Franken gestiegen. Wahrscheinlich sollte man auch die Belastungen vom Kanton und von Dritten einmal genauer unter die Lupe nehmen.

Wir haben uns gefragt, warum die Erträge aus der Liegenschaftssteuer nicht wesentlich höher ausfallen. Der tiefe Landpreis auf dem Rütihoger korrespondiert nicht mit den recht grossen Verkaufspreisen der attraktiven Wohnungen. Im Januar 2010 werden die ersten Wohnungen bezogen. Das Land kostete 12 Mio. Franken. Addierte Verkaufspreise für alle 63 Wohnungen mindestens 42 Mio. Franken. Ob alle Wohnungen, analog der Residenz an der Mitteldorfstrasse, besetzt werden können, ist noch völlig offen.

Selbstverständlich haben wir an Defiziten in der Rechnung und am Abbau von Eigenkapital weiterhin gar keine Freude. In den letzten Jahren haben aber die Abweichungen zwischen Budget und Rechnung nur etwa 3 % betragen, d.h. bei vergleichsweise Fr. 100.-- um ganze Fr. 3.--. Vielleicht ist vorsichtige Budgetierung im Endeffekt gescheitert, als wenn der Finanzverwalter rosige Infos abgeben würde. Gemeinderat und Parlament würden nur stimuliert, auch noch dieses und jenes Projekt zu starten. Wir stimmen dem Budget 2010 aus zwei Hauptgründen zu:

- In den letzten Jahren haben die Rechnungen immer wesentlich besser abgeschlossen als budgetiert.
- Wir können heute keine neuen, echt guten und ins Gewicht fallenden Verbesserungsanträge stellen.

Jacques Biner (SP): Niemand hat Freude am schlechten Ergebnis mit einem Defizit von rund 2,5 Mio. Franken. Das Defizit ist kurzfristig verantwortbar dank dem angesparten Eigenkapital von über 14 Mio. Franken per 31.12.2008.

Die meisten Kosten sind gebunden. Zunehmend müssen wir Kosten tragen, die wir nicht beeinflussen können. Das Sparpotential ist gering. Der Sachaufwand ist stabil. Den Unterhalt unserer Infrastrukturen dürfen wir nicht vernachlässigen. Im Bereich Soziales/Vormundschaft musste mehr Personal angestellt werden. Die Begründung haben bereits die Vorredner geliefert. Die Entschädigungen an Kanton und Gemeinde steigen stetig an. Vergessen dürfen wir auch nicht, dass wir in den Schulhäusern einen Sanierungsnachhohlbedarf hatten. Das bedeutet auch höhere Abschreibungen, die das Budget stark belasten.

Das Parlament entscheidet jedes Jahr über zusätzliche Leistungen. Diese sind natürlich mit höheren Allgemeinen- und Personalkosten verbunden. Nächstes Jahr und in Zukunft können wir leider nicht mehr mit Vermögenserträgen rechnen. Bei der

Grundstückgewinnsteuer sind Zusatzeinnahmen von 1,4 Mio. Franken aus der Auflösung von Rückstellung aus dem Vorjahr berücksichtigt. Ohne diese Auflösung hätte das Resultat noch wesentlich schlechter ausgesehen.

Steuersenkungen des Kantons machen sich auch in Ostermundigen bemerkbar (1,25 Mio. Franken Mindereinnahmen sind berücksichtigt). Bei der nächsten angekündigten Steuersenkung des Kantons Bern werden wir noch weitere 0,5 Mio. Franken verlieren.

Ostermundigen ist nach wie vor ertragsschwach. Wir hoffen, dass die Entwicklungsprognose der Gemeinde sich bestätigt, welche höhere Steuereinnahmen mit sich bringt. Die SP-/Grüne-Fraktion stimmt der Steueranlage sowie dem Voranschlag für das Jahr 2010 zu. Besten Dank für die ausführlichen Botschaftsunterlagen.

Ernst Hirsiger (SVP): Heute Abend sind wir von der SVP-Fraktion gewillt, dass Teufelchen zu spielen und den Stachel zu zeigen. Dieses Spiel liegt uns ja bekanntlich gesamtschweizerisch. Die SVP-Fraktion hat beschlossen, dem Voranschlag 2010 nicht zuzustimmen. Sie will damit ein Zeichen setzen, gegen die Strategie des Gemeinderates die Rechnung der Gemeinde nur mit Verbesserungen auf der Einnahmeseite ins Lot zu bringen. Diese Strategie beruht auf dem Prinzip Hoffnung und der Steigerung der Einwohnerzahl. Mit dem zu erwartenden höheren Steuersubstrat der Neuzuzüger sollen die Löcher in der Gemeindekasse gestopft werden. Da heute pro Person wesentlich mehr Wohnfläche benötigt wird als in früheren Jahren, führt diese Strategie der Gemeindeentwicklung in letzter Konsequenz zum raschen Verbrauch der verfügbaren Baulandreserven. Damit verschwindet auch ein Stück Lebensqualität. Ausserdem wird diese Politik aus der Sicht des Gemeinderates auf mittlere Sicht lediglich zu einer ausgeglichenen Rechnung führen.

Weder verschuldete Privathaushalte noch verschuldete Firmen können die Finanzen lediglich mit Einnahmeverbesserungen sanieren. Das kann höchstens die Schweizerische Post mit so kreativen Ideen wie die pauschale Briefkastengebühr. Aus der Sicht der SVP-Fraktion muss es mittel- und langfristig möglich sein, eine ausgeglichene Gemeinderechnung auch ohne den fortwährenden Zuzug neuen, finanzkräftigen Steuerzahlenden zu erreichen. Bei der Reduktion der Ansprüche an das Leistungsangebot der Gemeinde Ostermundigen besteht vermutlich auch noch Sparpotenzial ausserhalb der „Wiederkehrenden freiwilligen Leistungen und Beiträge“ der Gemeinde (z. B. im Budgetprozess der Verwaltung). Jeder der schon einmal in einer Verwaltung gearbeitet hat und am Budgetprozess mitbeteiligt war, weiss dass die Budgetzahlen mit einer gewissen Sicherheitsmarge (erste Streichung durch den Chef und zweite Streichung durch das Parlament) berechnet werden. Auch in der Gemeinde Ostermundigen liegt der Verdacht nahe, dass gewisse Budgetreserveposten angelegt werden. Ich denke da als kleine Provokation beispielsweise auch an die Kosten für den „Öffentlichen Verkehr.“ Die haben bekanntlich gesamtschweizerisch die Tendenz ins Unermessliche zu steigen. Es wird ständig eine massiver Ausbau gefordert, ohne jedoch die langfristige Finanzierung zu sichern und nach den Folgekosten zu fragen.

Änderungsantrag Nr. 2

Die SVP-Fraktion stellt als Ergebnis ihrer Position den Antrag, aus Zeitgründen auf eine Detailberatung des Budgets zu verzichten. Sie will damit verhindern, dass sich eine Budgetdebatte entwickelt, bei der um Einzelpositionen gerungen wird, die in der Summe zu keiner wesentlichen Verbesserung der Gemeinderechnung führen.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Voranschlag 2010 zu. Die Situation ist nicht erfreulich; eine Zustimmung macht aber Sinn. Mit den Personalkosten haben wir auch Probleme und der Änderungsantrag Nr. 1 der FDP-Fraktion ist uns sympatisch. Doch die formulierte „Absolutheit“ im Änderungsantrag passt der EVP-Fraktion und uns nicht. Peter Wegmann sollte noch eine Textkorrektur vornehmen und wir werden dem Änderungsantrag zustimmen.

Bin ich froh, erst nach dem Votum von Ernst Hirsiger hier am Rednerpult stehen zu dürfen! Das letzte Mal haben wir hier über die Autodrehleiter diskutiert. Die Gebäudeversicherung, der Kanton Bern und die Stadt Bern haben uns ihre 90 prozentige Hilfe angeboten. In 10 Prozent der Fälle geht es nicht - doch wir haben unsere 1,5 Mio. Franken.

Norbert Riesen (SP): Es wurde bereits erwähnt, dass überparteilich das Gespräch gesucht werden soll. Im Vorfeld wurde nicht über den Voranschlag diskutiert, doch dies stellt kein Problem dar. Zum Änderungsantrag Nr. 1 der FDP-Fraktion möchte ich noch den Gedanken von Eduard Rippstein aufnehmen: Bei einem allfälligen Antrag „Personalaufwand“ ist der Nettobetrag vorzusehen. Wenn beispielsweise der Personalaufwand infolge Auflagen des Kantons steigen und die Ausgaben vom Kanton mittels Lastenausgleich refinanziert werden, dieser Sachverhalt mitberücksichtigt werden muss. D. h. nur der Betrag, welcher letztendlich von der Gemeindekasse finanziert wird, muss berücksichtigt werden. Allfällige Anträge aufgrund von „Unvorhergesehenes“ könnten dem Parlament zum Entscheid vorgestellt werden.

Mir gefällt es nicht, wenn wir jetzt die Diskussion abbrechen und Anträge stellen, welche eine zufällige Mehrheit finden. Ich kenne die Hintergründe und Vorteile der SVP-Fraktion bei einer Ablehnung des Voranschlages 2010 nicht. Ich möchte beliebt machen, dass wir die Diskussion noch ein wenig fortsetzen.

Walter Bruderer (FORUM): Auch ich habe den Eindruck, dass wir das vorliegende Geschäft diskutieren müssen. Ich vertrete die Auffassung, dass solch wichtige Geschäfte wie das Budget rund vier Wochen vor der GGR-Sitzung unter den Parteien diskutiert werden sollten. Dieser Vorgang wurde früher eingehalten. Den Änderungsantrag Nr. 2 der SVP-Fraktion hätte zum Geschäft „Finanzplan“ besser gepasst. Ich wäre heute überfordert, wenn wir über Detailsachen diskutieren müssten.

Ich bitte Ernst Hirsiger, den Änderungsantrag zurück zu ziehen und diesen - nachdem die Parteien untereinander das Geschäft vorgängig behandeln - an der nächsten Budget- und Finanzplansitzung zu stellen. Ich bin mir gewöhnt, Geschäfte vorgängig

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 10. Dezember 2009

unter meinen Parteikolleginnen und -kollegen über eine Zustimmung resp. Ablehnung zu diskutieren. Ich kann heute nicht anders handeln, als in der Vorbesprechung abgemacht. Mein Vorschlag: Das Gespräch suchen und ich bin der Erste der teilnimmt - doch nur nach Vorbereitung.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion muss aus der Sicht des Personalbestandes betrachtet werden. Hier wäre eine Aufschlüsselung nach: Wie viele Arbeiten werden für den Kanton, wie viele Arbeiten für die Gemeinde und wie viele für Dritte erledigt.

Das FORUM wird dem Voranschlag 2010 ohne grosse Begeisterung zustimmen.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion hat keinen Rückweisungsantrag gestellt. Sie stellt, gestützt auf Ihre Haltung zum Voranschlag 2010 und aus Zeitgründen den Antrag, auf die Detailberatung des Voranschlages der Laufenden Rechnung für das Jahr 2010 zu verzichten. Sie will damit verhindern, dass um einzelne Budgetpositionen gerungen wird, die in ihrer Gesamtheit das Ergebnis der Rechnung nicht massgeblich beeinflussen können.

① Begründung

Die SVP-Fraktion geht davon aus, dass die Meinungen der Parteien zum Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 2010 im Vorfeld der Parlamentssitzung weitgehend gebildet wurden und in einer Detailberatung des Budgets keine wesentlichen Änderungen erfahren dürften. Eine Budgetdebatte nach dem Vorbild des Berner Stadtrates ist nicht das Ziel der SVP-Fraktion.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich möchte noch ein paar Details zum Personalaufwand bekannt geben. Jacques Biner hat in seinem Votum bereits erwähnt, wie sich die Stellenentwicklung in den letzten Jahren entwickelt hat. Die Stellenprozente setzen sich wie folgt zusammen:

Bewilligte Stellenprozente 1.1.2003 - 1.1.2010 pro Abteilung

Abteilung	2003	Plus oder Minus	2009
Präsidial	1'090	+ 80 %	1'070
Bildung, Kultur, Sport	270	0	270
Finanzen/Steuern	720	- 50 %	670
Hochbau	1'000	- 40 %	960
Tiefbau inkl. Werkhof	2'530	+ 222 %	2'752
Gemeindebetriebe	800	+ 260 %	1'060
Öffentliche Sicherheit	2'020	- 360 %	1'660
Soziales	1'500	+ 800 %	2'300
Vormundschaft/Justiz	1'525	+ 930 %	2'455

Im Sozialbereich haben wir 8 und 9,3 Stellen - total rund 17 neue Stellen geschaffen. Diese Stellen werden dem kantonalen Lastenausgleich angehängt und müssen dementsprechend auch von den kantonalen Behörden bewilligt werden. Das Parla-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 10. Dezember 2009

ment hat somit die Sicherheit der Stellenbewirtschaftung seitens des Kantons und nicht nur die Rechtfertigung (Legimität) aus der Sicht des Gemeinderates. Der Gemeinderat hat kein Interesse, im Sozialbereich unterbesetzt zu sein und möglichst wenig Stellen zu schaffen. Der Gemeinderat engagiert sich für die Bevölkerung und will ihr helfen, aus den finanziellen Engpässen möglichst selbständig herauszutreten.

Der Gemeinderat ist bei der Stellenbeschaffung zurückhaltend. In den sieben anderen Abteilungen wurden in den letzten acht Jahren 1,1 Stelle zusätzlich geschaffen und dies steht bei einem Etat von rund 125 Stellen in einem vernünftigen Rahmen.

Ich bitte das Parlament, dem vorliegenden Änderungsantrag Nr. 1 nicht zuzustimmen. In den Personalkosten sind verschiedene Konten enthalten (Renten, Unfallversicherung etc.). Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, in einer Plafonierung darüber zu diskutieren, wie stark die Renten ansteigen sollen. Ein Rentenanstieg kann nicht mit Stellenabbau kompensiert werden.

Des weitern hat der Gemeinderat in der letzten Legislaturperiode eine Stellenplafonierung beschlossen. Er hat sich auch dahingehend geäussert, dass wenn Stellen von Dritter Seite beschlossen und finanziert werden, diese Stellen trotzdem geschaffen werden. Zumal die Ausgaben garantiert refinanziert werden. Ich möchte das Parlament auf die gefassten Beschlüsse erinnern (zusätzliche Stellen in der Schulsozialarbeit). Der Gemeinderat unterstützt den Willen des Parlamentes und baut die SSA aus. Das Parlament darf nicht verwundert sein, wenn dann Mehrstellen und Mehraufwand verursacht werden. Das Gleiche gilt auch bei der Kindertagesstätte. Der Gemeinderat wurde beauftragt, 24 zusätzliche Plätze zu schaffen. Heute können wir 30 Plätze anbieten. Das Hummelinest an der Bernstrasse 66 ist mit 5 ½ Stellen besetzt. 24 zusätzliche Kita-Plätze werden rund vier zusätzliche Stellen generieren.

Das Parlament hat ebenfalls beschlossen, dem Verwaltungspersonal den Teuerungsausgleich zu bezahlen. Dieses Vorgehen kann zu Mehrkosten im Personalaufwand führen. Es wäre unverantwortlich, die Personalkosten mittels eines Änderungsantrags auf ein bestimmtes Niveau zu plafonieren. Der Änderungsantrag sollte zurückgezogen werden. Dem Gemeinderat ist mittels konkreten Vorschlägen aufzuzeigen, wo gewisse Einsparungen an die Hand genommen werden können.

Ratspräsident: Ich schlage einen Sitzungsunterbruch vor, damit die Fraktionspräsidenten über die beiden eingereichten Änderungsanträge diskutieren können.

----- 10 minütiger Sitzungsunterbruch -----

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 10. Dezember 2009

Peter Wegmann (FDP): Nach eingehender Diskussion ziehe ich den **Änderungsantrag Nr. 1**, unter dem Aspekt abwarten was die Arbeitsgruppe „Personalrekrutierung“ aus der GPK zu informieren hat, zurück. Ich werde zum gegebenen Zeitpunkt einen separaten politischen Vorstoss einreichen.

Norbert Riesen (SP): Besten Dank Peter Wegmann für den guten Entscheid. Die SP-/Grüne-Fraktion ist ebenfalls der Meinung, auf eine Detaildebatte zu verzichten.

Gemeinderätin Ursula Lüthy (Grüne): Besten Dank für die interessanten Beiträge. Zu einigen Voten möchte ich noch kurz Stellung nehmen:

- ① Votum Peter Wegmann zum Vergleich Budget 2008 zu 2009 bezüglich Buchgewinne

Wenn der Buchgewinn nicht berechnet wird, bewegt sich das Budget 2010 im gleichen Rahmen wie die vorangehenden. Im nächsten Jahr können wir keine Verbesserungen des Budgets in Form von Buchgewinnen vornehmen. Auch der Gemeinderat hat keine Freude am vorgestellten Defizit. Doch hier handelt es sich um die Realität. Das Budget ist die Rechnung für das bestellte Menü, welches zum grössten Teil vom Parlament bestellt worden ist.

Wir gehen davon aus, dass die im Finanzplan für die Jahre 2011 und 2012 prognostizierten Defizite eintreffen werden und dass nach dem Ende der Planperiode eine Verbesserung einkehren sollte.

- ① Auftrag an Gemeinderat stets Verbesserungen anzustreben

Der Gemeinderat nimmt nach dem Budgetentwurf nochmals eine Überarbeitung zusammen mit den Abteilungsleitungen vor. Dort werden alle grösseren Posten nochmals überprüft und die Begründungen festgehalten. Der Budgetentwurf konnte nochmals stark verbessert werden.

Wir haben beim vorliegenden Geschäft die Mahnungen seitens Parlament vernommen. Der Gemeinderat ist gewillt, die Gemeindefinanzen noch besser zu kontrollieren. Ich bin froh, wenn der Personalaufwand nach dem Vorschlag des Gemeindepräsidenten als obersten Personalchef so zum Tragen kommt.

Wir sind uns den schwierigen und anspruchsvollen Aufgaben bewusst und sind bereit, an diesen zu arbeiten!

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Somit hat das Parlament über den **Änderungsantrag Nr. 2** der SVP-Fraktion abzustimmen. Dieser lautet wie folgt:

Die SVP-Fraktion stellt als Ergebnis ihrer Position den Antrag, aus Zeitgründen auf eine Detailberatung des Budgets 2010 zu verzichten. Sie will damit verhindern, dass

sich eine Budgetdebatte entwickelt, bei der um Einzelpositionen gerungen wird, die in der Summe zu keiner wesentlichen Verbesserung der Gemeinderechnung führen.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 2 der SVP-Fraktion wird mit 28 zu 1 Stimme angenommen.

Ratspräsident: Der Grossen Gemeinderat hat die Schlussabstimmung vorzunehmen. Er fasst mit 17 zu 7 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die Steueranlagen für das Jahr 2010 werden wie folgt festgesetzt:
 - für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Gewinn, Vermögen, Kapital und Vermögensgewinn) das 1,65fache des gesetzlichen Einheitsansatzes; für die Liegenschaftssteuer 1,2 ‰ des amtlichen Wertes;
 - für die Feuerwehr-Ersatzsteuer 3,4 ‰ des Staatssteuerbetrages, höchstens Fr. 200.--;
 - für die Hundetaxe Fr. 100.-- pro Tier; Blinden- und Polizeihunde sind von der Taxe befreit.
2. Der Voranschlag für das Jahr 2010, abschliessend mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 2'559'370.--, wird genehmigt.
3. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2010 bis 2014; Genehmigung

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Zuerst wird die Botschaft behandelt und anschliessend der Finanzplan mit den Erläuterungen seitenweise diskutiert.

Rahel Wagner (EVP): Der Finanzplan und das Investitionsprogramm zeigen, dass in unserer Gemeinde die Arbeit nicht ausgeht. Im Gegenteil, es stehen bis ins Jahr 2014 grosse Investitionen bevor. Vor allem in den Bereichen Wasser und Abwasser wurden durch die Stimmberechtigten hohe Rahmen- und Investitionskredite gesprochen. Gemäss den Erläuterungen zum Finanzplan enthält das gesamte Investitionsprogramm für die nächsten fünf Jahre Vorhaben im Betrage von 22,4 Mio. Franken. Im vorliegenden Finanzplan sind aber „nur“ 18,4 Mio. Franken eingeplant. Diese gehören zu den Prioritäten 1 und 2 und beinhalten bereits beschlossene Projekte und Projekte, welche zwangsweise ausgeführt werden müssen. Bis zum Jahr 2014 wird das Eigenkapital der Laufenden Rechnung von heute 13,4 Mio. Franken auf 2,4 Mio. Franken abgebaut.

Wie bei den vorangehenden Geschäften zeigt auch der Finanzplan deutlich, dass eine Steuersenkung in den nächstfolgenden Jahren nicht zu verkräften ist, zumal das Fremdkapital, welches auf 122,4 Mio. Franken im Jahr 2014 ansteigt, zuerst einmal herunter zu holen ist. Ein hohes Fremdkapital bedeutet auch eine hohe Zinsbelastung. Deshalb muss die Schuldensanierung erste Priorität haben und nicht eine Steuersenkung.

Unsere Fragen wurden zum Teil bereits im Protokoll der Geschäftsprüfungskommission beantwortet. Wir haben aber bei der Detailberatung noch eine Anmerkung bzw. Frage zur Spezialfinanzierung „Abwasserentsorgung.“

Die EVP-Fraktion wird dem vorliegenden Finanzplan zustimmen und dankt dem Finanzverwalter für diese - man könnte fast sagen „Doktorarbeit“ - ganz herzlich.

5

Ernst Hirsiger (SVP): Ich kann mich kurz fassen. Aus weitgehend den gleichen Überlegungen, welche die SVP-Fraktion dazu bewogen hat, den Voranschlag 2010 abzulehnen, stimmen wir auch dem Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2010 - 2014 nicht zu.

Ostermundigen lebt aktuell für seine Verhältnisse auf grossem Fuss, vielleicht angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage auf zu grossem Fuss und verbrennt in den nächsten Jahren ohne Kursänderung voraussichtlich 10,7 Mio. Franken seines in den letzten Jahren erarbeiteten Eigenkapitals. Die alles im Hinblick auf zukünftig

⁵ Beat Weber (SVP) und Roger Schär (parteilos) treten um 18.00 Uhr der Sitzung bei. Neu sind 32 Ratsmitglieder anwesend.

reichlich fliessender Steuererträge und einen Wegfall der grossen Investitionen (Schulhausrenovationen).

Vielleicht löst unser als Protest gedachtes „Nein“ einen kreativen Prozess bei allen Akteuren im Saal aus.

Rudolf Kehrli (SP): Im letzten Traktandum haben wir dem defizitären Voranschlag 2010 zugestimmt. Es geht gleich weiter mit den rotgefärbten Zahlen, wenn wir den Finanzplan 2010 - 2014 studieren. Rot ist die Parteifarbe der SP. Gleichwohl haben wir keine Freude an den roten Zahlen.

Der Finanzplan zeigt uns die dringenden und wichtigen Vorhaben der Gemeinde Ostermundigen in den nächsten Jahren sowie dessen finanziellen Auswirkungen auf. Im Finanzplan wird die Entwicklung der Laufenden Rechnung aufgezeigt. Wir alle hoffen, dass die prognostizierte Gemeindeentwicklung wirklich auch stattfindet. Wenn nicht, stehen wir vor einem grossen Problem.

Im Finanzplan werden die Prioritäten 1 und 2 eingerechnet. Schon dies gibt Millionenbeträge. Aufgeführt wird auch der Wunschbedarf (Priorität 3). Wunschprojekte können in weiter Zukunft in Angriff genommen werden. Eine Auflistung der Priorität 3 ist zwingend nötig. Die Zukunft der Gemeinde wird aufgeführt, wir bleiben nicht stehen und wir sprechen von Standortmarketing.

Wenn der aktuelle Finanzplan mit seinen Vorgängern verglichen wird, können keine überaus grosse Abweichungen festgestellt werden. Bei vielen Projekten haben die Zahlen geändert, da heute aktuellere Daten zur Verfügung stehen. Wir sprechen hier von einer rollenden Planung.

Erfreut können wir feststellen, dass im Hochbauamt nach dem Jahre 2011 die Investitionen rapide sinken und dies, weil dann die Schulhaussanierungsarbeiten im Schulhaus Dennigkofen abgeschlossen sein werden. Grund zu einem Freudentanz besteht nicht! Nach dem Jahre 2014 müssen andere Gemeindelienschaften saniert werden (siehe Stratus) und auch das Tram Region Bern verlangt finanzielle Verpflichtungen. Die Gemeinde Ostermundigen hat eine gute Infrastruktur und zu dieser haben wir Sorge zu tragen und deshalb laufend zu sanieren.

Wenn wir den vorliegenden Finanzplan genehmigen, bedeutet dass noch lange nicht, dass alle im Finanzplan enthaltenen Projekte beschlossen sind. Jedes Vorhaben muss noch vom zuständigen Organ genehmigt werden. Zu diesem Zeitpunkt kann über das Vorhaben/Projekt sowie dessen Preis diskutiert werden. Diesem wichtigen Punkt müssen wir uns stets beim Studium des Finanzplans Beachtung schenken. Heute ist es noch zu früh, die Detaildiskussion vorzunehmen.

Die wichtigste Aussage zum Finanzplan ist dahingehend festzuhalten, dass mit Einbezug der Laufenden Rechnung, den Angaben zu den Spezialfinanzierungen, in allen Prognosejahren ein Defizit ausgewiesen wird. Die so schönen Buchgewinne der letzten Jahren sind vorbei! Dank dem Eigenkapitalpolster können wir uns diese Defizite „leisten“. Von 14 Mio. Franken Eigenkapital sinken wir bis ins Jahr 2014 auf rund

2,8 Mio. Franken. Das immer unter dem Vorbehalt, dass die optimistischen Annahmen betreffend die finanzkräftigen Neuzuziehenden auch eintreffen und uns die Wirtschaftsentwicklung resp. Rezession keinen bösen Streich spielt.

Die von allen Seiten gewünschte Steuersenkung liegt nicht drin. Auch eine Radikalkur mit Leistungsabbau - wer will dies überhaupt? - ist bestimmt nicht mehrheitsfähig. Das Resteigenkapital von 2,8 Mio. Franken ist als Reserve viel zu klein. Ein Steuerzehntel von Ostermundigen entspricht 2 Mio. Franken. Erstrebenswert wäre eine Reserve von drei Steuerzehnteln. Der Gemeinderat will, wie dem Traktandum Nr. 85 zu entnehmen war, noch ein bis zwei Steuerzehntel höher gehen.

Im letzten Jahr haben wir noch auf die besseren Zeiten ab dem Jahre 2013 gehofft. Heuer hoffen wir, dass die Verbesserungen ab dem Jahre 2014 eintreffen werden. Auf was hoffen wir im nächsten Jahr?

① Schlussbemerkung

Die Fraktion der SP/Grüne findet den Finanzplan gut ausgearbeitet, vertretbar und wir werden diesem deshalb auch zustimmen.

Walter Bruderer (FORUM): Auch wir werden ausnahmsweise dem Finanzplan zustimmen. Viele Punkte sind noch offen, um konkrete Aussagen über bestimmte finanzielle Richtungen vornehmen zu können. Die Faktoren wie Wirtschaftskrise, das Tram Region Bern, das Buskonzept Ostermundigen etc. spielen eine wichtige Rolle im ganzen Meccano. Ich fühle mich bei diesem Geschäft überfordert, eine gute oder schlechte Prognose für die finanzielle Zukunft von Ostermundigen abzugeben.

Bei den Steuererträgen können wir uns ebenfalls auf keine festen Grössen abstützen. Bezahlen die Neuzuziehenden am Terrassenrain die erhofften Steuererträge oder haben sie die Liegenschaften nur mit Hypotheken belegt? Ob überhaupt alle Wohnungen verkauft werden können - auch im Territanum im Mitteldorfpark sind noch leere Wohnungen verfügbar - kann zurzeit noch nicht beantwortet werden. Viele Punkte sind unklar und bleiben unbeantwortet.

Mit der Höhe der Anschlussgebühren sind wir nach wie vor nicht einverstanden. Wir haben seinerzeit versucht, das Reglement und den Gebührentarif zum Abwasserreglement zu ändern. Das Parlament und der Gemeinderat haben dem nicht zugestimmt.

Frage: Wie viel müssen die Terrassenrain-Bewohnenden und die Schulanlage Rütli jährlich in die Abwasserrechnung (Versickerungsanlage) einzahlen, weil die Gemeinde das Sauberwasser auf dem Oberfeld für Fr. 900'000.-- versickern lässt? Werden diese Bewohnerinnen und Bewohner bessergestellt als die Rütianer? Bereits vor 40 Jahren hat Herr Kohler das Sauberwasser separat in den Hohenweg einfliessen lassen. Heute dürfen wir sogar 50 % der Regenwassergebühren bezahlen. Verschiedene Punkte leuchten mir nicht ein und ich habe den Dialog mit Synes Ernst bereits aufgenommen.

- ① Einige Bemerkungen zur Planung, die sich auch auf die Finanzen auswirken können

Es ist traurig, feststellen zu müssen, wie im Rahmen vom kürzlich vom Parlament bewilligten Tram Region Bern-Planungskredit (Fr. 600'000.--) frühere Beschlüsse des Parlaments nicht beachtet werden. Ich erinnere an das im Baureglement verankerte Biotop am Hohlenweg und die Magerwiese, die an den Hohlenweg transplantiert worden ist. In der Begründung zur Grünzone steht immerhin, das Tram könnte diese Zone noch tangieren. Die Hohlenweg-Anwohnerschaft trägt keine Schuld, dass das Tram nur eingleisig auf die Rüti geführt und erst am Hohlenweg wenden würde.

Kürzlich bin ich besonders aufmerksam durch die SBB-Unterführung beim Bahnhof Ostermündigen gegangen. Wie bereits bei der Planung vom Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof geschrieben, möchten wir zum Wohle der dort wartenden oder umsteigenden ÖV-Passagiere ausdrücklich auf den dortigen grossen Verkehrslärm aufmerksam machen und dass man wegen der Tramplanung auf einen raschen, kostengünstigen, behindertengerechten Zugang zum Perron 2 nicht länger warten sollte. Vom Präsidenten der RVK 4 habe ich vernommen, der raschen Einführung der Abend- und Wochenendkurse in die Aussenquartiere stehe nichts mehr im Wege. Vor den Sommerferien 2010 erwarten wir darum im Parlament nicht nur eine diesbezügliche Vorlage, sondern auch die Behandlung des gesamten Buskonzepts. Ende November haben wir dazu mit Änderungsvorschlägen termingerecht Stellung genommen.

Norbert Riesen (SP): Ich möchte noch einen anderen Aspekt einbringen. Vor rund sechs Jahren habe ich im Parlament den Änderungsantrag gestellt, dass im Finanzplan auch die Investitionen der nächsten 10 bis 12 Jahre aufgezeigt werden. Dem Antrag wurde fast ausnahmslos zugestimmt. Der heutige Finanzplan zeigt dies in der Spalte „2014 und ff“ auf. Diese Information ist für mich ausreichend. In dieser Spalte werden im vorliegenden Finanzplan bereits Investitionen von über 40 Mio. Franken dargestellt.

Ich bekunde mit der Aussage „es gibt in den nächsten fünf Jahren eine Entlastung“ grosse Mühe. Es werden heute 40 Mio. Franken ausgewiesen. In fünf Jahren sehen wird konkreter, in welchem Zeitraum diese Investitionen getätigt werden müssen. Beim heutigen Wissenstand können wir nicht von einer „Entlastung“ sprechen; wir dürfen nicht zu früh jubeln!

Präsidialabteilung: Der Gemeindepräsident und die Abteilung Präsidiales inkl. die Abteilungsleitungen können mit einer geschickten Verhandlungstaktik der Gemeinde helfen, Millionenbeträge einzusparen. Wenn ich den Risikoaspekt in der Spalte 2014 betrachte, so habe ich bei den grossen Posten auch die grössten Unsicherheiten. Für die Bahnhofunterführung werden 5 Mio. Franken ausgewiesen. Wenn etwas geschicktes realisiert werden soll, muss mit Kosten von rund 15 Mio. Franken kalkuliert werden. Das Verhandlungsgeschick der Gemeinde Ostermündigen im Kostenverteiler spielt eine grosse Rolle. Walter Bruderer hat das Tram erwähnt. Im Investitionsplan sind 3,23 Mio. Franken aufgeführt. Das Vorprojekt wird uns aufzeigen, wie viele Millionen Franken uns das neue Tram kostet.

Der Gemeinderat muss sich bewusst sein, wie wichtig das Verhandlungsgeschick ist, wie wichtig die Gemeindevertretungen in den entsprechenden Gremien sind. Die entsprechende Präsenz ist durch den Gemeinderat zu markieren.

Ich möchte noch der GPK danken und ein mahnendes Wort einbringen. Das letzte Protokoll habe ich ausführlich gelesen. Auf Seite 97 wird zum Thema „Bestattungswesen“ vermerkt:

- *Kapitel 2.3.6 - Bestattungswesen (630): Waren diese Zusatzaufwände voraussehbar?*

Grundsätzlich: Dass die Kosten grundsätzlich massiv steigen, weil wir als Miteigentümer die Sanierung des Friedhofs mit bezahlen müssen, war vorhersehbar. Dies hätte aber beim Kauf des Miteigentumsanteils am Friedhof Schosshalde, der bereits im Jahre 1998 erfolgte berücksichtigt werden müssen.

Das im Jahre 1998 brillant verhandelt wurde, kann aus dieser Aussage nicht geschlossen werden. Ein weiteres Beispiel folgt auf Seite 98 zum Thema „Wasser“:

- *520.319.20 Wasseruntersuchungen*

Im VA 2009 Fr. 600.--, im VA 2010 Fr. 4'700.--! Muss da neu des öfteren geprüft werden?

Im Voranschlag 2009 gingen wir davon aus, dass die meisten Wasseruntersuchungen durch die Wasserverbund Region Bern AG (WVRB AG) bezahlt werden. Unterdessen hat sich aber herausgestellt, dass die WVRB AG nur Untersuchungen am Transportnetz bezahlt. Wasseruntersuchungen im Verteilnetz müssen durch die Wasserversorgung finanziert werden. Aus diesem Grund wurde dieser Posten im 2010 wieder erhöht.

Auch hier kann nicht von einer optimalen Verhandlungstaktik gesprochen werden.

① Fazit

Wir müssen darauf achten, dass wir uns geschickt verhalten, überall präsent sind, gute Verhandlungen führen. Vielleicht ist manchmal auch ein gewisser politischer Druck notwendig. Es macht nichts, wenn der Gemeinderat von Ostermundigen zeigt, dass das neue Tram Region Bern nicht um jeden Preis eingeführt werden kann! Wir wollen die Kosten kennen und nicht die „Katze im Sack kaufen.“ Soweit mein Appell zu Millionen von Gemeindefranken.

Der neue Finanzplan zeigt auch auf, dass der Entscheid des Parlaments zum neuen Verwaltungszentrum absolut richtig war. Dort haben wir den 0,5 Mio. Franken an wiederkehrenden Kosten eine Abfuhr erteilt. Ich bin überzeugt, dass der Gemeinderat mit einer ausgewogeneren und konkreteren Vorlage an den GGR treten wird. Dies muss nicht unbedingt bereits im Frühling 2010 sein. Wir haben momentan wichtigere Dinge zu erledigen. Wichtig ist, dass der Kontakt mit den Interessierten aufrecht erhalten wird.

Heinz Gfeller (FDP): Mein Votum entspricht einer persönlichen Erklärung. Frau Ursula Lüthy hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass das Budget der Laufenden Rechnung bereits seit Jahren defizitär ausfällt. Ausserordentliche Effekte haben die Situation beschönigt. In der Zwischenzeit wurden bereits alle schönen Filetstücke grilliert.

Es ist Weihnachtszeit jedoch noch nicht Weihnachten. Aus diesem Grund möchte ich nicht nur Kaktusse sondern auch Rosen mit Dornen verteilen: Es freut mich, wir machten keine kurzfristige Parforceübung mit der Rückweisung des Voranschlags 2010. Jetzt diskutieren wir mit dem Finanzplan über eine mittel- bis langfristige Zeitspanne. Vorlagen, welche dem Parlament vorgestellt werden, müssen gut sein, damit sie nach der parlamentarischen Entscheidungsfindung akzeptabel sind. Auch der vorliegende Finanzplan ist formell bestens und vollständig aufgestellt worden - vielen Dank. Doch was ist der eigentliche Inhalt des Finanzplans?

Die Finanzaspekte der Strategie des Gemeinderates schlagen sich im Finanzplan 2010 bis 2014 nieder. Die Qualität der Strategie heisst aus meiner Sicht: Niedergang verwalten mit folgenden Merkmalen:

- In der Region sind wir Sieger punkto hohem Steuerfuss bzw. wir stehen am Schwanz.
- Einige neue Projekte mit Rohrkrepiererpotenzial wie ein Verwaltungszentrum im falschen Zeitpunkt, d. h. vor den Resultaten der Behörden- und Verwaltungsreform, vielleicht ein Tramprojekt durch die Bernstrasse, ein Behörden- und Verwaltungsreform-Projekt falls es keine wesentlichen Verbesserungen im Ablauf gibt etc..

Diese Merkmale stimmen mit der scheinbar etablierten Kultur, die ich am Beispiel der Abteilung Gemeindebetriebe in meinem schönen und neu gestalteten Garten feststelle:

- Die ausgehobene Grube für einen von mir nicht gewünschten Schacht für die Abwasserleitung von gut 19 m³.
- Zum Vorschein gekommen ist eine Abwasserleitung, die im geöffneten Bereich sichtbar 100 Prozent dicht und dazu von guter Bauqualität aus dem Jahre 1946 ist. Bei den kritischen Stellen ist ein Zementblock um die Nahtstelle von mindestens 5 cm Wandstärke ausserhalb des Zementrohres.
- Als Laie schliesse ich daraus, dass mich die Abteilung genötigt hat, in eine im Endeffekt dilettantische und objektiv unnötige, aber auf meine Kosten als Eigenheimbesitzer anfallende Arbeitsbeschaffungsmassnahme einzuwilligen. Dazu gehört auch, dass die Gemeinde ja die Abnahme an den Abwasserleitungen gemacht hat.
- Zuversichtlich bin ich, dass dieses Beispiel verallgemeinert werden kann auf die Konzepte, die aktuell aus dieser Abteilung kommen.

Sollte diese Kultur auch in anderen Abteilungen herrschen, was ich zum Glück noch nirgends so festgestellt habe, ist unser Status der konkurrenzlos verlierenden Gemeinde in der Region gut erklärt. Das kann so nicht mehr weitergehen. Deshalb schlage ich allen GGR-Mitgliedern vor:

- Wir genehmigen den Finanzplan trotz den methodischen Mängeln in den Inhalten und der guten Facharbeit. Ich selber werde mich der Stimme enthalten.
- Wesentlich ist, dass wir als Parlament eine Motion mit folgenden Eckpunkten erarbeiten:
 - ✎ Der Steuerfuss ab dem Jahre 2011 ist maximal auf der Höhe der Stadt Bern.
 - ✎ Falls es nicht gelingt, in den kommenden heiklen Jahren mit positiven Eigenkapital die Steuern auf das Niveau der Stadt Bern anzugleichen, so soll die Gemeinde Ostermundigen mit der Stadt fusionieren.

Damit erweist sich unsere Gemeinde entweder als sinnvoll lebensfähig oder aber wir geben eine Selbständigkeit auf, die primär dazu dient, um ein paar gute Pösteli ohne adäquate Dienstleistungen an die Einwohnenden am Leben zu erhalten. Je länger je mehr können Probleme nur im regionalen Rahmen sinnvoll gelöst werden. Eine solche Entwicklung kann auch in Schritten umgesetzt werden. Gerne setze ich mich ein, bei Bedarf für eine solche Motion als Koordinator zu dienen.

Christian Zeyer (SP): Die Gemeinde Ostermundigen ist nicht so miserabel schlecht wie von Heinz Gfeller dargestellt!

Gemeinderat Synes Ernst (CVP): Die Abteilung Gemeindebetriebe wurde in Voten mehrfach erwähnt. Ich muss die Pauschalangriffe zurückweisen. Es geht nicht, dass direktbetroffene Hauseigentümer wie Heinz Gfeller hier im Tellsaal zu einem Pauschalangriff gegen die Gemeindebetriebe starten. Dieser Verhaltensvorgang ist absolut unfair! Wir erfüllen in der Abteilung Gemeindebetriebe einen politischen Auftrag des Parlaments, welcher vom Souverän an der Volksabstimmung genehmigt worden ist. Als verantwortlicher Departementsvorsteher stehe ich in der Pflicht, dass mit dem Rahmenkredit von 30 Mio. Franken das Ziel gut erfüllt wird. Gut erfüllen heisst, finanzielle und sachliche korrekte Errichtungen im Interesse der Kundschaft resp. Bürgerinnen und Bürger. Das ist mein Ziel!

Wenn das Abwasserreglement reklamiert wird und korrigiert werden muss, so soll das Parlament in einem politischen Vorstoss die konkreten Vorschläge unterbreiten. Wenn keine Änderungen vorgenommen werden müssen, so hat das Parlament die rechtsgültige Sachlage zu akzeptieren.

Wir haben den Auftrag, via Verwaltungsbericht über den Rahmenkredit Bericht zu erstatten. Ich kenne die grosse Verantwortung - ebenfalls der Abteilungsleiter sowie die Mitarbeitenden. An der nächsten GGR-Sitzung werden Vorlagen über das künftige Vorgehen mit Privaten sowie der Finanzierung aufgezeigt. Wir haben den Mangel festgestellt und wollen die Korrekturen für eine gute Basis vornehmen.

Gemeinderätin Ursula Lüthy (Grüne): Die Haltung der SVP-Fraktion zum Finanzplan nehme ich zur Kenntnis. Ich frage mich nur, wie sinnvoll ist eine Rückweisung. Vieles ist ungewiss resp. sind Zukunftsperspektiven. Für die Entwicklungen muss der Gemeinderat Annahmen vornehmen. Ein Teil davon ist recht optimistisch jedoch sicher auch berechtigt. Ausser die Geschäfte der Priorität 1 werden alle übrigen Sachvorlagen nochmals dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt. Eine Rückweisung dieser Auslegeordnung macht deshalb wenig Sinn! Mit der Annahme des vorliegenden „Zukunftsentwurfs“ hat das Parlament noch keine konkreten Ausführungen beschlossen.

Peter Wegmann (FDP): Hier im Tellsaal herrscht Redefreiheit! Heinz Gfeller hat seine eigene und private Meinung kundgetan.

Das Budget fliesst weitgehend, was die Strategien betrifft, in den Finanzplan ein. Der Finanzplan ist ein gutes und taugliches Führungsinstrument. Abweichungen können immer wieder passieren. Die FDP-Fraktion wird dem Finanzplan wie vorliegend zustimmen.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Die Buchgewinne wurden verschiedentlich angesprochen. Das „Tafelsilber“ der Gemeinde wurde verkauft. Ein Buchgewinn ist grundsätzlich für die Gemeinde etwas positives. Dieser zeigt auf, dass die Gemeinde agiert und Land verkauft wird. Wir haben nicht das Tafelsilber verkauft. Die Gemeindeentwicklung findet auf den verkauften Terrains wie Oberdorf, Mitteldorfpark und Rütihoger statt. Schneller ging es sogar am Jurablickweg. Das Land konnte durch Privatinvestoren sehr zügig bebaut werden. Der Gemeinderat schätzt diesen Sachverhalt.

Wir haben stets eine vorsichtige und sorgfältige Finanzpolitik betrieben. Die erzielten Buchgewinne und das heutige Eigenkapital decken sich fast eins zu eins. Das schöne Polster an Eigenkapital soll mithelfen, die nun anstehenden Defizite zu decken. Wenn der Trend, dass die Gemeinderechnung besser als das Budget abschliesst, weiter geführt werden kann, so begrüssen wir diesen Sachverhalt.

Ratspräsident: Zur Botschaft liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Somit können wir mit der Detailberatung des Finanzplans inkl. Erläuterungen starten.

➤ Seite 8 der Erläuterungen - Anmerkung zu Punkt 4.2 „Abwasserentsorgung“

Rahel Wagner (EVP): Gemäss Finanzplan für die Spezialfinanzierung „Abwasserentsorgung“ wächst das Eigenkapital innert fünf Jahren von 6,7 auf 8,1 Mio. Franken an. Wir glauben nicht, dass die Gebührenzahlenden dies goutieren, zumal bei einer Spezialfinanzierung nur so hohe Gebühren verlangt werden dürfen, dass sich Einnahmen und Ausgaben die Waage halten. Hier muss eine Gebührensenkung nun unbedingt realisiert werden. Dies umso mehr, als bereits im letzten Jahr im Erläute-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 10. Dezember 2009

rungsbericht zum Finanzplan geschrieben wurde, dass in dieser Spezialfinanzierung eine Gebührensenkung geprüft werden könnte. Damals wurde in Aussicht gestellt, dass das Eigenkapital von 4,7 Mio. Franken bis ins Jahr 2013 auf 5,9 Mio. anwächst. Im vorliegenden Finanzplan ist bereits eine Aufstockung auf 8,1 Mio. vorgesehen.

Was uns irritiert, ist die Aussage, dass eine Gebührensenkung beim Abwasser mit einer allenfalls notwendig werdenden Gebührenerhöhung bei der Wasserversorgung kompensiert werden könnte. Unseres Erachtens sind Wasser und Abwasser zwei eigenständige Spezialfinanzierungen. Sonst könnte man sich ja überlegen, ob statt einer Gebührenerhöhung beim Wasser die Wasserversorgung durch die Abwasserentsorgung querfinanziert werden könnte. Dies ist sehr wahrscheinlich kaum möglich, oder? Die EVP dankt für eine Antwort auf diese Anmerkung bzw. Frage.

Gemeinderat Synes Ernst (CVP): Die Wasser- und Abwassergebühren sind ein Thema bei den Gemeindebetrieben. Im GPK-Protokoll konnte über den Finanzplan „Wasser“ nachgelesen werden, dass dieser finanziell angespannt ist. Wir schliessen die Augen nicht vor diesem Problem. Der Verwaltungsrat des WVRB wird an seiner Klausurtagung im Frühling 2010 die gesamte Finanzierung überprüfen. Die Finanzpläne bis ins Jahr 2068 müssen bis dann erstellt werden.

Der Finanzplan „Wasser“ wird am 5. Januar 2010 verwaltungsintern überprüft. Der Wunsch der EVP-Fraktion nehme ich gerne entgegen. Dieser wird in die Überprüfung des Abwassers einfließen. Es ist richtig, das Eigenkapital in der Spezialfinanzierung „Abwasser“ muss gesenkt werden. Eine Querfinanzierung darf rechtlich nicht vorgenommen werden. Jede Spezialfinanzierung ist eine Rechnung in sich. Die Gebührenehöhe muss sich im regionalen Gebührenrahmen befinden.

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 20 zu 7 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Der Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2014 wird genehmigt.

88	10.374	Interpellationen
	10.141	Vandalismus-Prophylaxe
	50.801	Vandalismus

Interpellation FDP-Fraktion betreffend nachhaltig unter „3072“ festgestellten Fassadenverschmierereien; Begründung und Beantwortung

Wortlaut

Zunehmend muss festgestellt werden, dass bereits seit geraumer Zeit und unter regelmässiger Wiederkehr eine Vielzahl von Liegenschaften in unserer Gemeinde mit den grossen Kennzahlen „3072“ besprayed bzw. verschmiert werden. Neuerdings gar unter Mitdarstellung von signetähnlichem Kennzeichen.

Dieses Aufkommen ortet sich klar unter Vandalismus von unbekannt, wenn nicht möglicherweise gar unter einer gezielt beabsichtigten Aktion. Und vermittelt - nebst schlechtem Ortsbild - bei unserer Bevölkerung sowie insbesondere bei Liegenschaftseigentümern ein dementsprechendes Unbehagen.

Fragen

1. *Was hat der Gemeinderat bislang in dieser Angelegenheit unternommen? Konnte die Täterschaft mittlerweile eruiert werden?*
2. *Obliegen Anzeichen oder Erkenntnisse bzw. Mutmassungen, dass es sich dabei um eine gezielt beabsichtigte Aktion handeln könnte? Wenn ja, wie lauten dieselben konkret?*
3. *In welcher Form gedenkt der Gemeinderat diesen Missständen zukünftig mit konkreten Massnahmen wirksam zu begegnen und diese zu unterbinden?*
4. *Werden die geschädigten Liegenschaftseigentümer konkret zu Schadensbehebungsmassnahmen aufgefordert? Wenn ja, mit welchem Vorgehen?*

Peter Wegmann (FDP): Ich habe keine zusätzlichen Angaben anzubringen.

Gemeinderätin Ursula Norton (EVP): Ich möchte die folgende Beantwortung zur Interpellation abgeben:

1. Vandalismus im Allgemeinen, wie auch Sprayereien im Besonderen sind seit Jahren ein schweizweites Problem. Ein Patentrezept zur vollkommenen Verhinderung dieser Deliktsform hat bisher keine Gemeinde gefunden. Der Gemeinderat Ostermündigen hat aber bereits vor mehreren Jahren die Arbeitsgruppe „Vandalismus“ ins Leben gerufen, welche regelmässig die Lage beurteilt und dementsprechende Massnahmen ergreift. Der Arbeitsgruppe gehören gemeindeeigene Vertretende der Bereiche Sicherheit, Schule und Jugendamt an. Aus-

serdem nimmt auch ein Vertreter der Kantonspolizei an den Sitzungen teil.

Seit rund einem Jahr sind vermehrt Probleme mit Sprayereien „3072“ festzustellen. Dabei verläuft die Entwicklung sprunghaft. In der ersten Hälfte des Jahres 2009 war die Zahl der Sprayereien relativ hoch, sank dann im Sommer und stieg im Herbst wieder an.

Für die Verfolgung der Straftaten ist die Kantonspolizei zuständig. Sie konnte anfangs 2009 zwei jugendliche Täter festnehmen. Diesen zwei konnten gegen 100 Fälle von „3072-Sprayereien“ mit einer Deliktsumme von über Fr. 100'000.-- nachgewiesen werden. Ebenso gelang es im Verlauf des Jahres zwei weitere Täter, die insgesamt für 23 Fälle verantwortlich zeichneten, zu überführen. Trotz dieser Ermittlungserfolge musste nun im Oktober ein erneuter Anstieg der Sprayereien festgestellt werden. Es liegen gewisse Hinweise auf eine Täterschaft vor. Es konnten aber bisher keine konkreten Tatverdächtigen ermittelt werden.

Parallel zu den Ermittlungen der Kantonspolizei wurde durch die Arbeitsgruppe „Vandalismus“ aufgrund der Entwicklung beschlossen, mehr späte Abendpatrouillen (6 mehr/Monat) durch die Gemeindepolizei durchzuführen. Die Gemeindepolizei wurde unter anderem zu diesem Zweck auch mit Securitas unterstützt.

Aufgrund einer besonderen Massierung von Vorfällen auf dem Areal des Schulhauses Mösli hat der Gemeinderat schliesslich beschlossen, das Betreten des Schulareals versuchsweise in der Nacht (23.00 bis 06.00 Uhr) durch ein richterliches Verbot zu unterbinden.

All dieser Massnahmen zum Trotz bleibt die Verfolgung der Täterschaft weiterhin schwierig. Das Signet „3072“ kann in wenigen Sekunden auf einer Fassade angebracht werden. Ein einziger Täter kann - wie die bereits ermittelten Täterschaften zeigen - ohne grösseren Aufwand unzählige Sprayereien begehen. Dadurch kann die Fallzahl leicht sehr sprunghaft ansteigen und es ist gleichzeitig sehr schwierig, eine solche Einzelperson zu ermitteln.

2. Aufgrund der bisherigen Ermittlungserkenntnisse steht fest, dass es sich bei den begangenen Sprayereien nicht um gezielt beabsichtigte Aktionen handelt. Die Täter schlagen wahllos an verschiedenen Orten zu.
3. Wie bereits unter Punkt 1 dargelegt, ist es Aufgabe der Kantonspolizei, die Ermittlungen in solchen Fällen zu führen. Die bisherigen Resultate zeigen, dass die Kantonspolizei diese Aufgabe wahr nimmt. Selbstverständlich können aber nicht alle Täter sofort gefunden werden.

Ab neuem Jahr ist gemäss Leistungseinkauf im Rahmen von Police Bern die Kantonspolizei auch für Nachtpatrouillen zuständig. Im Rahmen der Jahresplanung 2010 wurde das gemäss Police-Bern-Vertrag zulässige Maximum an Patrouillen eingekauft und es wurden regelmässige Kontrollen an für Vandalismus heiklen Stellen vereinbart.

Wie erwähnt, hat der Gemeinderat zugestimmt, dass auf dem Schulareal Mösli ein Zutrittsverbot für Unbefugte während der Nachtstunden erlassen werden soll. Die Stadt Bern hat gemäss eigener Auskunft gute Erfahrungen mit dieser Massnahme gemacht. Die Eingabe für das nötige richterliche Verbot läuft.

Aufgrund der Ereignisse im Herbst will der Gemeinderat ausserdem prüfen, ob die Idee des in der Stadt Bern laufenden Projekts „Casablanca“ auf Ostermündigen anwendbar ist. Ein solches Projekt würde anstreben, dass sich Hauseigentümer gegen Vandalenschäden bei der Gebäudeversicherung Bern versichern und ihnen gleichzeitig eine Infrastruktur zur möglichst schnellen Beseitigung von Sprayereien zur Verfügung stünde. Dadurch könnte zu einem verbesserten Ortsbild beigetragen werden, ist aber auch mit Kosten verbunden. Es ist daher einerseits zu klären, wieweit die nötigen Partner (Liegenschaftseigentümer, Reinigungsinstitute) mitziehen und ob eine Kosten-/Nutzenrechnung den Aufwand rechtfertigt.

4. Die Liegenschaftseigentümer werden von der Kantonspolizei darauf hingewiesen, dass ein schnelles Entfernen der Sprayereien dem Ortsbild und auch der Verhinderung weiterer Sprayerattacken zuträglich ist. Dies geschieht, wenn sie bei der Kantonspolizei Anzeige erstatten. Wie sich die Eigentümer anschliessend verhalten, muss natürlich diesen selbst überlassen bleiben.

Peter Wegmann (FDP): Besten Dank für die Beantwortung.

89 10.374 Interpellationen
30.111 Baugesuche

Interpellation W. Bruderer (FORUM) betreffend Oberfeld; Folgen der nötigen Entbleiungsaktion; Begründung und Beantwortung

Wortlaut

Logisch ist, dass die während Jahrzehnten entstandenen Schiess-Rückstände (giftiges Blei und ggf. andere Metalle) für Mensch und Tier nicht problemlos sind und deshalb korrekt entsorgt werden müssen. Je nachdem wo der Wasch- bzw. Siebprozess für die kontaminierte Erde durchgeführt wird, können unterschiedlich viele sowie mehr oder weniger grosse Probleme entstehen, die möglichst zu vermeiden sind.

Kürzlich hatte ich Gelegenheit, unsere Sorgen betr. die vorangekündigten 6'000 LKW-Erdtransporte dem Architekten sowie dem Ingenieur vorzutragen und ihnen denkbare Möglichkeiten vorzuschlagen, um diese grosse Menge LKW-Fahrten zu verhindern oder mindestens spürbar zu verringern. Primär denken wir an die Entbleiung vor Ort mit einer mobilen „Waschanlage“. Nach Auskunft der überaus konstruktiven Gesprächspartner müssten jedoch gleichwohl viele Kubikmeter Erde vom Oberfeld abgeführt werden.

Auf Ostermundiger Boden wurde bekanntlich an verschiedenen Orten Sandstein und Kies abgebaut. Viele Geländelücken zeigen dies. Naheliegender wäre darum, diese teilweise riesigen Lücken (z. B. im nahen Wald oder in der Küntigrube) soweit möglich und sinnvoll mit Erde zu schliessen. Wasserproben im Areal des MM-Einkaufszentrums haben gezeigt, dass das auf dem Oberfeld versickerte Wasser problemlos ist.

Der Bau eines Trams durch die Bernstrasse wird nicht ohne einschneidende Folgen über die Bühne gehen. Beim Bau der Oberfeld-Siedlung ist bekanntlich nötig und geplant, die miV-Einfahrt von Deisswil her zu schliessen. Der motorisierte Individualverkehr (miV) müsste - um die Bernstrasse zu Gunsten des Trams zu entlasten - durch die geplante Strasse via Küntigrube zur Umfahrungsstrasse geleitet werden. Dass dabei eine Linienführung zu wählen ist, welche die Anwohner nicht mit vermeidbaren Immissionen belasten darf, liegt auf der Hand.

Da es der Gemeinde nicht gleichgültig sein darf, welche Folgen die Entbleiungsaktion für die Wohnqualität der Anwohner, für die Belastung und Sauberkeit der Strassen sowie für problemlosen Verkehr (öV und miV) hat, erwarten wir ein grosses Engagement des Gemeinderats sowie Antwort auf die folgenden

Fragen

1. *Wird die Gelegenheit genutzt, die geplante Strasse vom Oberfeld durch die Küntigrube zur Umfahrungsstrasse unterirdisch im Tagbau zu erstellen und die Küntigrube soweit möglich mit Oberfeld-Erde aufzufüllen?*

2. *Unter welchen Bedingungen können die heutigen Sandstein-bedingten Geländelücken im nahen Wald mit Oberfeld-Erde (mit/ohne Blei) gefüllt werden?*
3. *Kann zur Abwehr von Überschwemmungen in Stettlen und zur Erstellung des Uferweges längs des geplanten Worble-Bachbetts Oberfeld-Erde für den Bau breiter Dämme verwendet werden?*
4. *Kann ggf. überflüssige Oberfeld-Erde mit einer für die Anwohner problemlosen Hänge-Transportbahn via Küntigrube zur RBS-Bahnlinie befördert werden?*
5. *Kann die kontaminierte Erdschicht mit der darunter liegenden problemlosen Erdschicht ausgetauscht werden?*
6. *Kann überflüssige Oberfeld-Erde auf den dort vermutlich vorgesehenen unterirdischen Auto-Einstellhallen plaziert werden?*
7. *Können mit der überflüssigen Erde längs der Umfahrungsstrasse Dämme gebaut werden, um die dort denkbaren Ostermündiger Wohngebiete prophylaktisch vor Lärm zu schützen?*
8. *Sieht der Gemeinderat andere Möglichkeiten, um die 6'000 LKW-Transporte zu vermeiden bzw. spürbar abzubauen?*

Walter Bruderer (FORUM): Ich habe keine Anmerkungen mehr anzubringen.

Gemeinderätin Ursula Lüthy (Grüne): Der Gemeinderat setzt alles daran, dass die Bodensanierung des ehemaligen Schiessplatzes Oberfeld mit einer möglichst geringen Belastung für die Bevölkerung durchgeführt wird. Dafür ist eine umfassende Sichtweise notwendig. Die Lastwagenfahrten sind dabei ein Teil der gesamten Beurteilung. Der Gemeinderat gewichtet ein von Altlasten saniertes Gemeindegebiet höher als kurzfristige, zeitlich beschränkte Mehrbelastungen auf den Strassen.

Die Transportfahrten, die für die Bodensanierung notwendig sind, betreffen nur das kontaminierte Material. Unverschmutztes Material bleibt in jedem Fall auf dem Areal. Würde kontaminiertes Material auf dem Oberfeld bleiben, würde das Gebiet auch künftig im Kataster der belasteten Standorte aufgeführt.

Das gesamte Oberfeld wird soweit von Altlasten befreit, bis die erlaubten Grenzwerte für Metall von $< 50\text{mg/m}^3$ im Siedlungsraum und von $< 250\text{mg/m}^3$ im Waldbereich eingehalten sind. Somit wird höchstens noch sehr schwach kontaminiertes Material auf dem Oberfeld bleiben. Es ist die Absicht der neuen Eigentümerschaft, nach der Sanierung die Streichung des Oberfelds aus dem Kataster der belasteten Standorte zu beantragen.

Das weggeführte Material ist so stark belastet, dass es entweder einer Bodenwaschanlage zugeführt werden muss oder in einer geeigneten Deponie gelagert werden muss. Geplant ist, dass etwa 20'000 Tonnen stark belastetes Material mit der Bahn

zu einer der beiden stationären Bodenwaschanlagen in der Schweiz geführt wird. Die restlichen 50'000 Tonnen weniger stark belastetes Material werden mit Lastwagen zu einer geeigneten Deponie in der Region gefahren. Deponien in Ostermundigen sind nicht bewilligungsfähig und werden vom Gemeinderat nicht unterstützt. Die Altlastenproblematik würde weiterhin bestehen bleiben, wenn das belastete Material auf dem Gemeindegebiet verschoben, aber nicht korrekt entsorgt würde.

Antwort auf Frage 1

Die Strasse kann nicht unterirdisch durch die Küntigrube geführt werden. Zum einen ist der Niveauunterschied zwischen Bernstrasse und Wiesenstrasse zu gross, um eine Strasse unter das zukünftige Terrain zu verlegen. Zum andern sind die Erstellungs- und Betriebskosten eines Tunnels deutlich höher als jene einer oberirdischen Strasse. In der Küntigrube ist das Deponieren von fremdem kontaminiertem Material nicht bewilligungsfähig. Zudem ist das überflüssige Material vom Oberfeld (Erde) für eine Kofferung einer Strasse - dafür braucht es Kies - nicht geeignet.

Antwort auf Frage 2

Es wird kein unverschmutztes Material vom Oberfeld abgeführt. Unverschmutztes Material bleibt auf dem Oberfeld und wird zum Modellieren des Geländes genutzt. Das Deponieren von kontaminiertem Material in einem Steinbruch in Ostermundigen ist nicht bewilligungsfähig.

Antwort auf Frage 3

Für den Hochwasserschutz der Worble darf nur unverschmutztes Material gebraucht werden. Unverschmutztes Material wird vom Oberfeld nicht abgeführt. Der Einsatz von kontaminiertem Material ist nicht bewilligungsfähig.

Antwort auf Frage 4

Eine Hängetransportbahn macht Sinn, wenn sie über mehrere Jahre in Betrieb sein kann. Die Bodensanierung Oberfeld sollte jedoch schon im Herbst 2010 abgeschlossen sein. Zudem ist eine Hängetransportbahn schwer realisierbar, weil sich mehrere Grundeigentümer damit einverstanden erklären müssten, dass eine Hängetransportbahn über ihr Grundstück verläuft und dass Masten darauf zu stehen kommen. Zudem fehlen an der RBS-Bahnlinie ein passendes Abstellgleis mit einer Spurbreite von 1'435 mm und der dazu notwendige Umschlagsplatz.

Antwort auf Frage 5

Aus geologischer Sicht können die Erschichten nicht ausgetauscht werden. Zudem ist das Mischen von unverschmutztem und kontaminiertem Material nicht erlaubt.

Antwort auf Frage 6

Das überflüssige nicht kontaminierte Material wird für das Modellieren des Geländes vor Ort genutzt. Dazu gehört auch das Überdecken von unterirdischen Bauten.

Antwort auf Frage 7

Für allfällige Dämme entlang der Umfahrungsstrasse darf nur unverschmutztes Material gebraucht werden. Sauberes Material wird vom Oberfeld nicht abgeführt. Der Einsatz von kontaminiertem Material ist nicht bewilligungsfähig.

Antwort auf Frage 8

In der Schweiz gibt es keine mobile Bodenwaschanlage. Die einzigen Bodenwaschanlagen sind östlich von Zürich stationiert. Mit der gesetzten Vorgabe, die Voraussetzung für die Entlassung des Oberfelds aus dem Kataster der belasteten Standorte zu erreichen, können die Lastwagenfahrten nicht reduziert werden. Die ungefähr 70'000 Tonnen belastetes Material müssen mit Lastwagen abgeführt werden. Der Gemeinderat wird dafür sorgen, dass die Lastwagen auf den kürzesten Wegen aus Ostermundigen hinaus fahren. Dafür wird das Gelände mit zwei Baupisten erschlossen, um den Verkehr entsprechend zu verteilen. Die Zufahrt erfolgt über die Baupiste neben dem Sportplatz und die Wegfahrt über den Rütieweg. Durch diese Verkehrsführung wird der Verkehr auf dem Rütieweg halbiert.

Walter Bruderer (FORUM): Die gemeinderätlichen Antworten sind für mich unbefriedigend ausgefallen.

Orientierungen des

Gemeinderates: Donnschtig-Jass

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Der Gemeinderat wurde mittels politischem Vorstoss mit der Durchführung resp. Bewerbung für die TV-Sendung „Donnschtig-Jass“ beauftragt. Wir haben uns für diesen Event beworben und Vertreterinnen und Vertreter von Schweizer Fernsehen (SF) DRS haben einen Augenschein vor Ort genommen. Kürzlich haben wir das Absageschreiben erhalten. Im Sommer kommt jeweils pro Kanton nur eine Ortschaft zum Zuge. Für das Jahr 2010 hat sich SF-DRS für eine andere bernische Gemeinde entschieden.

Im Schreiben erwähnt die Redaktion von SF-DRS, dass die Steinbrüche (ehemalige Tanklager) als interessanten Austragungsort für eventuell spätere Sendungen in Betracht gezogen werden können. Die Anmeldung zum Donnschtig-Jass bleibt pendent. Eventuell kommt Ostermundigen im Jahre 2011 zum „Handkuss“.

und der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Arbeitsgruppe „Personalrekrutierung“

GPK-Mitglied Philippe Gerber (EVP): Ich möchte kurz über den Arbeitsstand informieren. Per Ende Jahr hätten wir gerne die Arbeiten abgeschlossen und das Parlament mit einem Bericht dokumentiert. Wir sind noch nicht soweit. Per dato haben vier Sitzungen stattgefunden. Ein Benchmark mit den Gemeinden Münsingen, Langenthal und Lyss wurde vorgenommen. Gespräche mit dem Gemeindepräsidenten, der Leiterin Personaldienst, der Departementsvorsteherin Soziales sowie dem Abteilungsleiter Tiefbau wurden durchgeführt. Dabei sind Punkte zum Vorschein gekommen, die von der Arbeitsgruppe noch detaillierter abzuklären sind.

Das weitere Vorgehen sieht vor, im Januar 2010 weitere Gespräche vorzunehmen und im Februar einen Vorbericht zu verfassen. Im März wird der Bericht dem Gemeinderat und anschliessend dem Parlament vorgestellt.

91 10.372 Motionen
13.1132 Spezielle Klassen Bolligen

Überparteiliche Motion betreffend Zugang für Schüler/innen aus Ostermundigen an eine spezielle Sekundarschule; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt,

1. Schülern und Schülerinnen aus Ostermundigen den Zugang zu speziellen Sekundarklassen ab der 7. Klasse zur Vorbereitung auf eine weitergehende Schule zu ermöglichen.
2. Zur schnellen Umsetzung umgehend Verträge mit Nachbargemeinden, die eine solche Schule anbieten (zumindest mit Muri-Gümligen und Bolligen), abzuschliessen, um den Zugang bereits ab Schuljahr 2010/2011 zu ermöglichen.

Begründung/Fragen

Mit der Einführung des Schulmodells 6/3 wurde den einzelnen Gemeinden auf der Sekundarstufe I das Festlegen der eigenen Organisationsstruktur ermöglicht. Dazu gehören:

- die Wahl zwischen einer Zwei- bzw. Dreifachselektion der Schülerinnen und Schüler am Ende des 6. Schuljahres,
- die Wahl zwischen den fünf sich in der Zusammenarbeitsform und der Durchlässigkeit unterscheidenden Schulmodellen auf der Sekundarstufe I,
- die Organisation des gymnasialen Unterrichts im 9. Schuljahr.

Damit wurde es für die Gemeinden möglich, verschiedenartige auf die Struktur der Gemeinde abgestimmte Organisationsformen zu finden.

Bis Sommer 2008 hat die Gemeinde Ostermundigen mit der Gemeinde Bolligen in diesem Bereich zusammengearbeitet. Leider wurde der Vertrag ohne vorgängige Anhörung des Parlaments durch den Gemeinderat - nicht zuletzt auf Grund von Wünschen der Schulleiterkonferenz und aus demografischen Gründen - gekündigt und als Ersatz eine MSV plus in Ostermundigen selber angeboten. Durch die Zusammenlegung der Oberstufen Rothus und Dennigkofen hat sich die Situation nun jedoch verändert. Die MSV plus hat teilweise sehr positive Rückmeldungen erhalten, wird aber nicht allen Kindern gerecht. Es besteht nachweislich der Bedarf zum Zugang an eine spezielle Sekundarklasse für einzelne begabte Schüler/innen.

Die Möglichkeit, die MSV plus in Ostermundigen für Schüler/innen, welche in ihrem bisherigen Klassenverband bleiben wollen, selber betreiben und gleichzeitig das Angebot zu schaffen, eine spezielle Sekundarklasse in der nächsten Umgebung zu be-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 10. Dezember 2009

suchen, ist ideal für die Struktur von Ostermundigen zugeschnitten. Man könnte hier schon fast von einer „Füfi und Weggli“ Situation sprechen.

An seiner Sitzung vom 11. September 2008, bei der Überarbeitung des Reglements über die Schulorganisation, hat der Grosse Gemeinderat auf Antrag der EVP-Fraktion mit breiter Unterstützung aller Parteien den Passus, dass Schülern von Ostermundigen der Besuch einer speziellen Sekundarklasse ab der 7. Klasse ermöglicht werden soll, mit grosser Mehrheit (27 Ja zu 2 Nein bei 30 anwesenden Mitgliedern) angenommen.

Aussprüche wie „Standortvorteil“, „das Eine machen (Verträge für spez. Sek.-Zugang mit umliegenden Gemeinden) und das Andere nicht lassen (MSV plus)“ sind noch in allen Ohren und auch in den Protokollen der damaligen Sitzung. Leider hat aber der Gemeinderat seit dann nichts unternommen, um diesem klar geäusserten Wunsch des Parlaments zu entsprechen. Auf Nachfrage wurde die Antwort gegeben, dass zwar der Wunsch klar gehört worden sei, der Auftrag zur Umsetzung jedoch vom Parlament nicht formuliert worden ist. Um dieses nun zu ändern, wird diese Motion eingereicht.

sig.

??? - Ph. Gerber (EVP)

 **Anmerkung des Sekretärs:**

Bis heute, am 18. Januar 2010 wurde mir die unterzeichnete und somit rechtsgültige Motion noch nicht abgegeben resp. zugestellt!

Der vorerwähnte Text basiert lediglich auf einem Vorabzug!

Persönliche Erklärungen

Ratspräsident: Auch in diesem Jahr ist wieder vieles geschehen. Gott sei dank keine Katastrophen wie vor vier Jahren die Unwetter. Aber so ein kleiner Spinner wurde zum zweiten Mal zum GGR-Präsidenten gewählt.

Leider konnte ich von dem, was ich in der Antrittsrede versprochen habe, nicht alles umsetzen (z. B. den Sitzungsbeginn). Wir haben in diesem Jahr diverse Projekte gestartet, beendet und definitiv umgesetzt (Tram, Schulsozialarbeit, Schulhaussanierung etc.).

Es hat mir in meinem zweiten Präsidialjahr viel Spass gemacht, euch durch die Sitzungen zu führen. Leider war es mir diesmal vergönnt, einen Stichentscheid zu fällen. Ich hätte das am liebsten bei der Motion „Autodrehleiter“ getan.

Da die Sitzungen mehrheitlich sehr „trockene Ware“ sind und ich mit meinen Überraschungen dieses Jahr gegeistert habe, ist an euren Plätzen eine „poetische Konfitüre“ deponiert worden. Die Frauen nehmen es mir bitte nicht übel. Ich habe Pfarrer Dietler als Clown in der Kirche erlebt und fand die Konfitürenidee wunderbar. Wie Ihr aus dem beigelegten Zettel erseht, dient es auch noch einem guten Zweck.

Ich will nicht länger werden und zum Schluss kommen: Ich wünsche Lucia Müller in ihrem neuen Amt genau so viel Spass, wie es mir gemacht hat. Ich weiss zwar nicht, wie Sie es ein ganzes Jahr schafft, ohne leise einen Kommentar zu den Sprecherinnen und Sprecher zu geben. Euch allen möchte ich für mein zweites wunderbares Präsidialjahr danken. Speziellen Dank möchte ich an Jürg Kumli, Marianne Meyer und Lucia Müller für ihre Mithilfe vor oder während den Sitzungen aussprechen.

Nun wünsche ich allen eine frohe Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr. Wie vor vier Jahren heisst es nun, der Bart ist ab, die Zeit ist rum und das Essen wartet - ä Guete!

1. Vizepräsidentin Lucia Müller (SVP): Zum Abschluss unserer heutigen, echt spannenden Sitzung, darf ich meinem „Vorreiter“ Bruno Schröter im Namen des gesamten GGR ein grosses MERCI aussprechen.

Führungsstark und gleichzeitig unkompliziert hast du uns durch das Ratsprogramm geführt. Hast öfters Mal kein Blatt vor den Mund genommen (gäu Heinz Gfeller) und manchmal - aus dem heiteren Nichts ein trockener Spruch - „that's Schröter live“!

Dein Ratsausflug bereitet mir heute noch Kopfzerbrechen. Den zu toppen ist fast unmöglich! An dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön dafür.

Du hast deine Sache sehr gut gemacht und dir den heutigen Dank auch redlich verdient! Ich bitte den Rat, Dir mit einem kräftigen Applaus für deine geleistete Arbeit zu danken.

A p p l a u s ! !

Sicher, ein Applaus ist eine sehr schöne Sache und du sollst ihn auch richtig geniessen - aber dabei soll unser heutiger Dank nicht bleiben: ich darf dir noch etwas darüber hinaus überreichen:

Scheinbar hat aber auch dich das Ratspräsidium so sehr beansprucht, dass es zum Rasieren jeweils nicht mehr gereicht hat! Sieht fast so aus, als rechnest du ab heute wieder mit mehr Zeitreserven - oder warum sonst hast Du für heute Abend deinen Bart abrasiert? Steht dir übrigens echt gut und macht dich gleich um Jahre jünger!!!

Damit du deine neu gewonnene Freizeit in trauter Runde geniessen kannst, sei es nun mit deiner Familie oder guten Freunden - sei dieser edle Tropfen - gut gelagert natürlich! - wir wünschen „Gsundheit“!

Doch ich hab vernommen, dass du auch sportlich sehr aktiv und vielseitig interessiert seist (drum bist du wohl auch so fit): und mit diesem Gutschein vom Athleticum wird bestimmt das eine oder andere „Drüberuus“ möglich werden...

Mit einem letzten, herzlichen Dankeschön wünsche ich dir alles Gute - ab nächstem Jahr dann wieder mit Blick von unten!

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Bruno Schröter

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Walter Bruderer

Rudolf Kehrli